Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der **Frauen- und Jugendzeitung** einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 104. | Dresden, Donnerstag den 7. Mai 1908. | 19. Jahrg.

Das Jubelfest in Wien.

Der deutsche Kaiser feiert heute in Wien das Jubelfest des Kaisers Franz Josef von Oesterreich, der vor genau 59 Jahren, 5 Monaten und 8 Tagen, am 2. Dezember 1848, den Thron bestiegen hat. Das Fest, das dem neugierigen Wiener Kleinbürgertum erwünschte Abwechslung vom grauen Alltagsleben bietet und das Vorspiel jenes großen, dem ruhebedürftigen Kaiser aufgedrungenen Festzugs bildet, von dem sich die Geschäftswelt eine kleine Verbesserung der mißlichen Wirtschaftslage erhofft, wird freilich nicht ganz den grandiosen Plänen entsprechen, die vor einigen Monaten in Berlin entworfen worden waren. Damals hieß es, daß der deutsche Kaiser mit Adlerhelm und Marschallstab seinen Einritt in die österreichische Kaiserstadt halten werde, gefolgt von der glänzenden Reiterschar der treuen Vasallen. Zu einer solchen öffentlichen Schaustellung, durch die vor dem Auslande die Aufhebung der Souveränität der deutschen Bundesfürsten demonstriert worden wäre, ist es nun freilich nicht gekommen. Die Bundesfürsten, die sich dem Zuge Wilhelms II. angeschlossen haben, trafen einzeln in Wien ein, wo sie von Erzherzögen in Empfang genommen wurden, während ihrem Kaiser ein glänzendes Willkommen durch Franz Josef, die österreichische Kaiserfamilie und die Stadt Wien geboten wird. So wird doch immerhin der Grundgedanke des Festes, wie er seinen Urhebern in Anlehnung an einige Verse Schillers vorgeschwebt haben mag, noch deutlich genug zum Ausdruck gelangen:

> Wie der Sterne Chor um die Sonne sich stellt,
> Umstanden sie alle den Herrscher der Welt,
> Die Würde des Amtes zu üben.

Insofern ist der Wiener Vorgang auch für die innere Politik des Deutschen Reiches von symptomatischem Interesse; er zeigt, wie sich das Verhältnis der kleineren Bundesstaaten zu Preußen in siebenunddreißig Jahren der Reichseinheit wirklich entwickelt hat.

Eine ähnliche Bedeutung kommt dem Wiener Krönungsfest für die auswärtige Politik keineswegs zu. Hier zeigt der Festjubel nicht was ist, sondern er will scheinen machen, was nicht ist. Das Bundesverhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist keineswegs so fest und innig, wie man sich an gewissen Berliner Stellen einreden möchte, vielleicht deshalb, weil man dort den Gedanken an einen Zerfall dieses Bündnisses gar nicht ertragen kann. Deutschland, das durch die Politik der letzten zwanzig Jahre in eine fast vollständige gefährliche Isolierung hineingetrieben wurde, braucht Oesterreich als letzten noch möglichen Bundesgenossen, es braucht Oesterreichs Freundschaft doppelt, weil ohne diese die auf Kleinasien gerichteten weltpolitischen Pläne des Reichs noch phantastischer und unmöglicher würden, als sie es ohnedies schon sind.

Es ist aber nicht anzunehmen, daß Oesterreich seine auswärtige Politik dauernd nach reichsdeutschen Bedürfnissen einrichten wird. Zum wirtschaftlichen Wettbewerb, der auf dem Balkan österreichische und deutsche Interessen gegen einandertreibt, gesellt sich der tiefe Gegensatz der innern Struktur beider verbündeten Reiche. Der preußische Absolutismus, die Dreiklassenherrschaft, die Polenhetze, die Behandlung österreichischer Arbeiter durch die preußische Fremdenpolizei haben in den Massen der österreichischen Völker, die in ihrer Mehrheit slawisch und in ihren besten Teilen demokratisch gesinnt sind, Erbitterung hervorgerufen, die viel tiefer greift als die weinselige Festfreude des christlichsozialen Spießbürgertums von Wien. Die Schaustellung von Wien kann über die gegen das Bündnis mit Deutschland gerichteten Strömungen nicht wegtäuschen. Dieses berlinisch prunkende Fest ist zwar ein schönes Vergnügen, hat aber keinen politischen Wert.

* *

Franz Joseph.

Franz Joseph, Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn, regiert nunmehr 60 Jahre. Mitten in der Revolutionszeit wurde dem 18jährigen Jüngling die Krone aufs Haupt gedrückt, nachdem Kaiser Ferdinand zugunsten seines Neffen abgedankt hatte. Sie ist Franz Joseph mehr als einmal zur wahren Dornenkrone geworden, persönlich und politisch hat er daran oft schwer genug getragen.

Viel Trübes hat er erfahren und erdulden müssen in seiner Familie und in der politischen Entwicklung seiner Länder. Sein ältester Bruder, der Kaiser Maximilian von Mexiko, war in Queretaro am 19. Juli 1867 standrechtlich erschossen worden. Dann kam das furchtbare Drama v. Meyerling, das am 30. Januar 1889 den Kronprinzen Rudolf im 31. Lebensjahre dahinraffte. Im September 1898 wurde seine, von ihm getrennt lebende Frau, die Kaiserin Elisabeth, in Genf durch den Dolch Luchenis dahingerafft.

Auch politisch hat Kaiser Franz Joseph manchen Leidensweg wandeln müssen. Er führte zwei unglückliche Kriege, mit Frankreich im Jahre 1859 und mit Preußen 1866. Erst seit 1861 hat Oesterreich eine Verfassung, und 1867 kam ein Ausgleich mit Ungarn zustande, der den bestehenden Dualismus schuf. Von einer ruhigen inneren Entwicklung aber war keine Rede, da der nimmer ruhende Nationalitätenhader alles gedeihliche Fortschreiten des konstitutionellen Lebens verhinderte und zeitweilig Oesterreich sowohl wie Ungarn in den Zustand eines vorübergehenden Absolutismus zurückschleuderte. Die Ungarn, nicht zufrieden mit dem Vertrag von 1867, drängten fortwährend auf Trennung von Oesterreich hin, und in Oesterreich traten ähnliche zentrifugale Bestrebungen, namentlich bei den Tschechen, auf. Die beliebte Person des greisen Kaisers bildete ein einigendes Band.

Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts im Jahre 1907, um das von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft seit vielen Jahren gekämpft wurde, gestaltete die innere Lage des Staates erträglicher. Daß der Kaiser sich für diese Reform einsetzte, das hat auch die österreichische Sozialdemokratie anerkannt. Auch die ungarischen Staatsmänner haben sich, wenngleich zögernd und widerwillig, verpflichten müssen zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts.

Im Herbst v. J. warf ein schwerer Influenzaanfall den greisen Monarchen längere Zeit aufs Krankenlager, aber er überstand die Krankheit und erlebt nunmehr den Tag des 60jährigen Regierungsjubiläums. Der einfache Sinn des alten Kaisers offenbarte sich auch darin, daß er laute Huldigungen nach Möglichkeit abzuwehren suchte. Die Wiener aber mußten schon aus rein geschäftlichen Rücksichten ihren glänzenden Festzug haben. Und in Deutschland liebt man die Feste sehr und veranstaltete die Massenfahrt von Fürsten.

Der Freisinn im Sumpf.

Wir teilten gestern mit, daß der Freisinn im preußischen Landtagswahlkreis Ober- und Niederbarnim sich mit den Konservativen zu einem Wahlbündnis zusammengefunden habe. In der Freisinnigen Zeitung findet dieses famose Bündnis zwischen Wahlrechtsfeinden und angeblichen Wahlrechtsfreunden natürlich keinen Widerspruch, das Blatt bringt jetzt vielmehr ein Entschuldigungsschreiben des freisinnigen Matadors in jenem Kreise Dr. Schepp. In dem Schreiben wird in aller Herzenseinfalt erzählt, die Konservativen seien mit dem Anerbieten herangetreten, ein Mandat den Freisinnigen ohne irgendeine Gegenleistung einzuräumen; warum habe man einen solchen Vorschlag nicht annehmen sollen? Diese Sorte Freisinn bemerkt schon nicht mehr, wie sehr er mit solcher Eröffnung seine totale Versumpfung erweist.

Das Verhalten des offiziellen Freisinns in der preußischen Landtagswahl, nicht bloß in dem genannten Kreise, gibt dem Berliner Tageblatt erneut Anlaß, sich und die ehrlich demokratisch gerichteten Elemente von diesem Freisinn loszusagen. Das Blatt schreibt:

„... Die freisinnigen Parteien gehen noch einen Schritt weiter und assoziieren sich direkt mit den Konservativen, um hier und dort ein Mandat zu ergattern. So haben sie sich mit den Konservativen in Ober- und Niederbarnim zusammengetan. Ein solches Bündnis mit derjenigen Partei, die als die eigentliche Trägerin der Reaktion erscheint und noch in ihrem Wahlaufruf vom „bewährten“ Dreiklassenwahlrecht spricht, stellt die freisinnigen Grundsätze nicht bloß kalt, sondern schlägt ihnen direkt ins Gesicht.

Die Kreise Ober- und Niederbarnim stehen nicht vereinzelt da. In diesem illiberalen Wahnsinn liegt Methode. Auch aus Schlochau-Konitz-Tuchel wird gemeldet, daß Freisinnige und Konservative zusammengehen. In Ratibor zeigt sich die gleiche Erscheinung; und in Mülheim-Wipperfürth-Sieg stellen sogar die „Vereinigten Liberalen“ mit dem Bunde der Landwirte gemeinsame Kandidaten auf. Wir sind nicht vertrauensselig genug, um anzunehmen, daß es sich bei diesen Abmachungen um zufällige Erscheinungen handelt. Vielmehr besteht die höchste Wahrscheinlichkeit, daß hinter dem Pakt mit den Konservativen die freisinnigen Parteileitungen stehen.

So sehr wir es beklagen müßten, wenn die Wahlbewegung durch Auseinandersetzungen innerhalb des entschiedenen Liberalismus beeinträchtigt würde, so bestimmt müssen wir doch von dieser freisinnigen Wahltaktik abrücken. Wir haben bisher trotz mancher Meinungsdifferenzen eine generelle Unterstützung der freisinnigen Kandidaten empfohlen. Aber wir hatten daran fest, daß der Wahlkampf einen Kampf gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht bedeuten muß. Deshalb empfehlen wir grundsätzlich allen wahrhaft Liberalen in solchen Kreisen, in denen der offizielle Freisinn mit den Konservativen zusammengeht, die Aufstellung von Gegenkandidaten, die entschlossen sind, für die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts und seine Ersetzung durch das Reichstagswahlrecht einzutreten. In solchen Fällen handelt es sich nicht mehr um eine mehr oder minder geschickte Taktik, sondern um das liberale Prinzip. Vor dem schlüpfrigen Wege, den jetzt der Freisinn in einzelnen Wahlkreisen betreten hat, warnen wir alle liberalen Wähler ernstlich. Er führt in den Sumpf, wenn er nicht schon selbst der Sumpf ist.“

* * *

Kompromisse kompromittierendster Art.

Einen sehr bemerkenswerten Aufruf erläßt der Sozialliberale Verein Berlin (demokratische Vereinigung, Gruppe Dr. Barth). Es heißt darin:

„**Die bürgerliche Blockpolitik ist dem Freisinn zum Verhängnis geworden.** Der Blockfreisinn hat alle Gelegenheiten, sich durchzusetzen, verpaßt.... Die Freisinnigen haben sich **als gefügige Soldaten in das Blockheer einreihen lassen.** Von oben hat der Freisinn nichts mehr **zu erwarten**, weil er sich zu nachgiebig gezeigt hat. Nach unten hat er an Popularität und Zugkraft eingebüßt. Die Blockpolitik hat auch zur Versumpfung der preußischen Wahlreform geführt. Flauer als je droht der Wahlkampf zu verlaufen. Für ehrliche Demokraten hätte es nur eine Wahlparole geben dürfen: Uebertragung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts auf Preußen! Statt dessen **Kompromisse kompromittierendster Art**, um hie und da ein Mandat zu ergattern, **Kampf gegen** die zuverlässigsten Wahlrechtsfreunde, Bündnisse mit den Wahlrechtsfeinden bis zur äußersten Rechten hin! Ein schmähliches Schauspiel!

Das moralische Ansehen des Freisinns hat durch die Preisgabe des Grundsatzes der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit und durch die Verkümmerung des Koalitionsrechts aufs schwerste gelitten. Seine weitere Entwicklung nach rechts scheint unaufhaltsam. Die zuverlässigen demokratischen Elemente werden abgestoßen. Die Brücken zur Arbeiterschaft sind abgebrochen. Die Zahl der sozialdemokratischen Mitläufer schwillt wieder an. Die politische Gleichgültigkeit in den bürgerlichen Kreisen nimmt überhand.

Solange die Blockpolitik andauert — und ihr Ende ist jetzt nicht abzusehen —, ist von den freisinnigen Fraktionen keine demokratische Politik zu erwarten. Nichts aber braucht gerade Deutschland dringender als demokratische Politik. Seine übermächtige Reaktion kann nur dann gestürzt werden, wenn Bürger und Arbeiter sich auf ihre gemeinsamen Interessen besinnen. Das Junkertum weiß, was ihm gefährlich werden kann. Darum sein Haß gegen die ehrlichen Demokraten. Darum seine zarte Fürsorge für den Blockfreisinn.

Tiefe prinzipielle Gegensätze klaffen zwischen Sozialdemokratie und bürgerlicher Demokratie. Aber sie stehen jetzt nicht zur Entscheidung. Erst muß der gemeinsame Gegner niedergerungen sein.“

Deutsches Reich.

Wahlprüfungen.

Der Reichstag nahm am Mittwoch ein Schock Wahlprüfungen vor. Zuerst stand die Wahl des freisinnigen Flottenoberlehrers Eickhoff, des Keim-Schützlings, zur Beratung. Die Vorgänge bei seiner Wahl in Lennep-Mettmann bedeuten nicht mehr und nicht weniger als die Einführung des napoleonischen Systems der offiziellen Kandidaturen in Deutschland. Aber derselbe Freisinn, der einstmals von moralischer Entrüstung über die Landratskandidaturen überfloß, streicht jetzt schmunzelnd das Almosen amtlicher Wahlunterstützung ein, das die Nachfahren der Manteuffel und Westfalen den entarteten Epigonen der Waldeck und Hoverbeck zuteil werden lassen. Der Freisinn hat sogar verlernt, sich zu schämen, und läßt durch die Wiemer, Mugdan und Heckscher nachbeten, was in der schwärzesten Reaktionsperiode die hartgesottensten Junker nicht ohne Erröten zur Bemäntelung der amtlichen Wahlumtriebe vorbrachten. Der Freisinn ist so regierungsfromm geworden, daß der Antisemitismus der Raab und Liebermann auf das aussichtslose Unterfangen verzichtet, mit solcher Liebedienerei die Konkurrenz aufzunehmen; die Gruppe der wirtschaftlichen Vereinigung trennte sich bei der Abstimmung von dem Block. Der Oppositionsantrag auf Beweiserhebung fiel nur mit Stimmengleichheit und in der entscheidenden Schlußabstimmung siegte die Wahlfälschungsmehrheit nur mit vier Stimmen. In der ebenso heftigen wie ausgedehnten Debatte, die der Abstimmung voraus ging, sagte der Genosse Fischer der freisinnigen Gesellschaft gründlich die Meinung. Herr Mugdan glaubte, die wohlgezielten Hiebe abwehren zu können, indem er — ausgerechnet gerade er — konstatierte, daß Genosse Fischer in allerfrühester Jugend einmal Zentrumsmann gewesen sei. Als Herr Mugdan im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wörtlich von den „früheren Grundsätzen der Freisinnigen“ sprach, raste ein wahrer Orkan von Heiterkeit durch das Haus und die eigenen Blockgenossen der Freisinnigen, die Konservativen, beteiligten sich an dieser Lachsalve. Besonders herzhaft lachten Jordan Kröcher und der kleine schlaue Heydebrandt auf, die beide ihre freisinnigen Pappenheimer und deren „Grundsätze“ vom Dreiklassenhause her genau kennen. — Bei den Wahlen der Genossen Böhle und Schwartz-Lübeck suchte der Freisinn in kleinlichster Weise Revanche für die Aufdeckung der Eickhoff-Sünden zu nehmen. In beiden Fällen gab sich Neumann-Hofer dazu her, freisinnige Anträge auf Beweiserhebungen gegenüber den Kommissionsanträgen auf Gültigkeitserklärung zu begründen. Die Genossen Fischer und Geyer deckten den Vorwitz der Freisinnshelden gründlich zu. Die Blockbrüderschaft tat den Freisinnigen den Gefallen, ihre Anträge anzunehmen. — Bei der Wahl des Nationalliberalen Wölzl-München unterhielten sich der nationalliberale Everling und der christlich-soziale Burkhardt eine geschlagene Stunde über die welterschütternde Frage, ob Christlich-Soziale oder Nationalliberale die besseren Evangelischen seien. — Auf der Tagesordnung der Donnerstagssitzung, die schon um 10 Uhr beginnen soll, stehen sämtlichen ausstehenden dritte Lesungen. Den Antrag Bebels, auch die Petitionen darauf zu setzen, lehnte die ferientrunkene Mehrheit ab.

* * *

Am Donnerstag oder Freitag wird der Reichstag bis zum 20. Oktober vertagt werden. Es besteht jedoch nicht die Absicht, schon im Oktober die Plenarberatungen wieder aufzunehmen, vielmehr wird die erste Plenarsitzung erst am Dienstag den 3. November stattfinden. In der Zwischenzeit wird nur die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungsnovelle ein paar Sitzungen abhalten. Ganz ähnlich war es schon im Jahre 1899. Auch damals war der Reichstag auf den 8. November vertagt, trat aber erst am 25. November zusammen und ließ inzwischen die Gewerbeordnungskommission arbeiten. Eine Schwierigkeit bietet für die Zeit, in der das Plenum noch nicht zusammengetreten ist, die Frage des Ersatzes ausscheidender Kommissionsmitglieder. 1899 hatte die Kommission beim Reichstage den Antrag gestellt, den Präsidenten zu ermächtigen, Ersatzmitglieder zu ernennen. Diesmal hat der Präsident selbst die Absicht, sich vom Hause eine solche Ermächtigung zu erbitten.

Die Vertrustung der Politik.

Die Dienstag in Berlin geführten Verhandlungen zwischen dem Verein Deutscher Arbeitgeberverbände und dem Zentralverband Deutscher Industrieller zwecks Gründung eines allgemeinen politischen Bundes gewerblicher Arbeitgeber haben, wie die Deutsche wirtsch. Korresp. erfährt, zu keinem endgültigen Ergebnis geführt. Die definitive Beschlußfassung wurde vertagt.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080507/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Differenzen, die zwischen den Unternehmern noch bestehen, sind offenbar bloß taktischer Natur. Es handelt sich darum, ob es möglich ist, den Einfluß, den das Unternehmertum jetzt schon auf die Gesetzgebung ausübt, durch einen dem Bunde der Landwirte nachgebildeten Bund der Arbeitgeber noch zu vermehren. Die Sozialdemokratie hat keinen Grund, die Errichtung eines solchen politischen Arbeitgeberbundes zu bedauern; sie wird den Klassenkampf verdeutlichen und auf diese Weise ganz nützliche Aufklärungsarbeit verrichten.

Von den Kriegervereinen.

Der Vorstand des Preußischen Landeskriegerverbandes erläßt zu den preußischen Landtagswahlen einen Aufruf, der besagt: Die Satzungen verbieten uns, die Sozialdemokratie durch Wort oder Tat zu unterstützen. Kein Mitglied eines dem Preußischen Landeskriegerverbandes angehörenden Vereins darf daher einem Sozialdemokraten seine Stimme geben, weder als Urwähler noch als Wahlmann. Dasselbe gilt von den Anhängern der welfischen Partei und der großpolnischen Bewegung.

Die Kriegervereinsleitung schaltet und waltet über die Abstimmung ihrer „Untergebenen" bei politischen Wahlen. Sie kommandiert, daß die Mitglieder auf keinen Fall für eine Partei wählen dürfen, die allein entschieden für das gleiche Wahlrecht eintritt. Die Kriegervereine müssen vielmehr für Wahlmänner und Abgeordnete stimmen, von denen sie als Wähler minderen Rechts, als Wähler dritter Klasse verachtet werden. Und das nennt sich dann national.

Der Fall des Fürsten Eulenburg.

München, 6. Mai. Die Gegenüberstellung des Zeugen Ernst, der bereits nach Berlin abgereist ist, mit dem Fürsten Eulenburg findet wahrscheinlich am Donnerstag statt. Vor seiner Abreise hat Ernst dem Starnberger Amtsgericht einen sehr gravierenden Brief von einem hochgestellten Berliner Absender übergeben. Wenn dieser Brief echt ist, woran nicht gezweifelt wird, so wirft er auf den Moltke-Harden-Prozeß ein eigentümliches Licht, und es dürften neue Untersuchungen bevorstehen. — Der Milchhändler Riedel wird ebenfalls zur Konfrontation mit Eulenburg von München abreisen. Die jüngst beschlagnahmten Briefe weisen auf Situationen hin, die wahrscheinlich Verhaftungen im Gefolge haben werden. Der Zeuge Ernst hat übrigens seine Stellung als Verwalter der Eulenburgschen Villa niedergelegt.

•

Berlin, 6. Mai. Schlossermeister Rieder in Starnberg hat dem Oberstaatsanwalt Isenbiel einen Brief geschrieben, in dem es nach einer Mitteilung der B. Z. am Mittag heißen soll:

„Wollen Sie sich, Herr Staatsanwalt, keine weiteren Bemühungen machen, den Zeugen Ernst als Idioten hinzustellen . . . Ich wollte Ihnen schon im Vorjahre etwas erzählen, als der Skandal in Berlin begann, aber ich durfte die Ruhe unseres kleinen Ortes nicht stören. Nun aber, da der Fürst Eulenburg sich einen Meineid erlaubte, erwachen auch in einem kleinen Bürger Gefühle . . . Sparen Sie sich die Bemühungen, die Aussagen von Ernst und Riedel als unglaubwürdig hinzustellen . . . In den letzten Tagen erfuhr ich, daß Zeugen durch die Ortspolizeibehörde Starnberg vernommen wurden. Wenn ich als Zeuge vernommen würde, so müßten Sie sich schon der zuständigen Behörde bedienen.

Als im April 1907 die Zukunft dies und das schrieb, hat sich auch ein Starnberger Schlossermeister erlaubt, die Artikel zu lesen. Die haben uns übrigens nichts Neues gebracht, da wir die ganze Geschichte schon lange, lange wußten."

Infolge dieser geharnischten Aeußerung ist der Schlossermeister Rieder bereits zum Amtsgericht Starnberg als Zeuge vorgeladen auf Antrag des Staatsanwalts Isenbiel.

•

Berlin, 6. Mai. Medizinalrat Dr. Hoffmann weilte gestern bei dem Fürsten Eulenburg auf Schloß Liebenberg und stellte fest, daß der Fürst wegen einer schmerzhaften Stelle am rechten Knie noch nicht transportfähig sei, so daß der Haftbefehl gegen den Fürsten noch nicht vollstreckt werden konnte. Der Schloßpark des Fürsten Eulenburg in Liebenberg ist seit Ende voriger Woche für Fremde vollständig gesperrt. An allen Zugangsstellen zum Schloß sind große Warnungstafeln aufgestellt, die das Betreten der Wege verbieten. Es heißt, daß diese Anordnung sich gegen die Kriminalbeamten richtet. Die Warnungstafeln scheinen aber noch nicht zu genügen. Jetzt erläßt die Schloßverwaltung in den Zeitungen der Umgegend Liebenbergs folgende Annonce: „Liebenberg! Schloßgarten und Park zu Liebenberg bleiben bis auf weiteres geschlossen. Die Schloßverwaltung." Im Anschluß daran sei mitgeteilt, daß bayrischen Blättern zufolge **der frühere Graf und jetzige Fürst Eulenburg bereits seit 22 Jahren in der polizeilichen Liste der Homosexuellen bei der Polizeidirektion München geführt wird.**

Die schmerzhafte Stelle am rechten Knie, die angeblich einen Transport in etwas weniger „fürstliche" Räume unmöglich macht, wird dem Fürsten Eulenburg sehr gelegen kommen.

Der Kampf um den „Hochverräter".

Berlin, 6. Mai. Im Ehrengerichtsverfahren gegen Dr. Karl Liebknecht hat jetzt der Generalstaatsanwalt Dr. Wachler beim Reichsgerichtshof für deutsche Rechtsanwälte in Leipzig Revision eingelegt. Die Begründung kann erst erfolgen, wenn dem Generalstaatsanwalt der Text des freisprechenden Urteils vorliegt.

Der Fall Biewald.

Die abgehauene Hand des Arbeiters Biewald hat wieder einmal die Gerichte beschäftigt. Die fünfte Zivilkammer des Breslauer Landgerichts verhandelte am Mittwoch wieder über den Schadenersatzprozeß, den der Arbeiter Biewald, dem beim Krawall am 19. April 1906 von einem Schutzmann die linke Hand abgehauen wurde, gegen den Magistrat der Stadt Breslau angestrengt hatte. Das Reichsgericht hatte erkannt, daß der Magistrat verpflichtet sei, Biewald zu entschädigen. Biewald erklärte in der Verhandlung, der Magistrat habe ihn als Promenadenwärter anstellen wollen, das habe er jedoch abgelehnt. Der Gerichtshof beschloß nach längerer Beratung, die Entscheidung über die Höhe der zu zahlenden Entschädigung zu vertagen und ärztliche Sachverständige über den Grad der verminderten Arbeitsfähigkeit Biewalds zu vernehmen.

Preußische Kulturaufgaben.

Der Lehrermangel in der Provinz Schleswig-Holstein zeitigt unglaubliche Zustände. In Riesebn bei Eckernförde ist, wie die National-Zeitung mitteilt, **für vier Schulklassen ein einziger Lehrer** vorhanden, da seit dem 1. April die zweite und dritte Lehrerstelle unbesetzt sind und vor dem 1. Oktober keine Neubesetzung erfahren können. Die Regierung ist nicht in der Lage, eine Stellvertretung zu entsenden, und so liegt dem ersten Lehrer die Aufgabe ob, den Unterricht in vier Klassen zu erteilen. Daß an zwei Tagen der Woche ein Lehrer aus einem Nachbarort, wo selbst schon eine Lehrerstelle unbesetzt ist, zur Unterstützung nach Riesebn kommt, kann an den schlimmen Zuständen wenig ändern.

Anklage gegen die Obermeister der Bäckerinnungen.

Wie der Vorwärts mitteilt, ist jetzt gegen die aus Anlaß des Bäckerstreiks wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung (Verrufserklärung) angeklagten Obermeister der Bäckerinnungen, Milleville und Schmidt, nachdem das Kammergericht die Anklageerhebung angeordnet hat, das Hauptverfahren eröffnet worden. Termin steht am 15. Juni an. Wie hoch werden die Unternehmer auf Grund des so oft zu Unrecht gegen Arbeiter angewandten Paragraphen verurteilt werden?

Der konfiszierliche Simplizissimus. Die in Wien beschlagnahmte letzte Nummer des Simplizissimus, die sich mit dem Besuche der deutschen Bundesfürsten in Wien befaßte, ist auch in bayrischen und württembergischen Städten konfisziert worden.

Die Polizei scheint an dem Titelbilde, das von Th. Th. Heine gezeichnet ist und die Ueberschrift „Die Maikäferplage in Wien" trägt, nur wenig Wohlgefallen gefunden zu haben. Und doch gehört die Zeichnung Heines mit zu dem besten, was der Simplizissimus an Satire brachte.

Der Volksverein für das katholische Deutschland, die Zentrumsorganisation in München-Gladbach, zählte Ende 1907 nach den jetzt veröffentlichten Ergebnissen 584278 Mitglieder gegen 524666 zu dem gleichen Termin im Vorjahre, was eine Zunahme von 59500 bedeutet. Weit mehr als die Hälfte der Mitglieder entfällt auf die beiden katholischen Provinzen im Westen, nämlich 208214 auf Rheinland, 129292 auf Westfalen. Die nächstbeteiligten Gebiete sind Bayern mit 37204, Baden mit 34378, Württemberg mit 30453, Reichslande mit 28825, Schlesien mit 26346, Nassau mit 26101 und Hannover mit 24118 Mitgliedern. Die übrigen Länder und Provinzen haben alle unter 10000 Mitgliedern. Die Hauptstärke des Volksvereins liegt im Westen und Süden.

s. **Unglaublich.** Der Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebes in der Oberpfalz versah seine Maschine nicht mit den vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen. Ein dreizehnjähriges Kind, das auf dem Gutshofe in Arbeit stand, kam in die Maschine. Die Folge: dem Kinde mußte ein Fuß abgenommen werden. Das Schöffengericht in Nittenau verurteilte den Gutshofbesitzer wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 50 Mark Geldstrafe mit der unglaublichen Begründung, das Gericht habe deshalb Milde walten lassen, „weil die Vorschrift für das Anbringen von Schutzmaßregeln in der dortigen Gegend nicht so beachtet wird, wie sichs gehört".

Rückgang der Auswanderung. Geradezu beispiellos ist, wie die Voss. Zeitung mitteilt, der Rückgang der Auswanderung über Bremen. Im April d. J. wurden nur 3057 Personen befördert gegen 28648 im April v. J., darunter Deutsche 758 gegen 2180. In den letzten vier Monaten sind 14580 Personen befördert worden gegen 86759 in dem gleichen Zeitraume 1907, darunter Deutsche 2671 gegen 4994.

Kleine politische Nachrichten. Die Wiener Zeitung veröffentlicht die Ernennung des Abgeordneten Prade zum deutschen Landsmannminister. — Der Hochschulausschuß der freiheitlichen Studentenschaft legte als Einspruch gegen die Sistierung der Vorlesungen Wahrmundts in Innsbruck seine Mandate nieder und erklärte sich für aufgelöst. — Die belgische Kammer beschloß, die Session zu schließen. Am 2. Juni soll in einer außerordentlichen Tagung die Beratung der Kongo-Vorlage ihren Fortgang nehmen. — Unter den Mehrforderungen des französischen Kriegsministers für 1909 befindet sich an erster Stelle ein Posten von 15 Millionen Frank für Mitrailleusen. Es handelt sich darum, nach und nach alle Infanterieregimenter mit je zwölf der neuen Mitrailleusen zu versehen. Ueber die der Kavallerie zuzuteilenden Maschinengewehre ist noch nicht endgültig entschieden. — In Bailhangues wurden bei der Wahlprüfung zwei Stimmzettel zuviel in der Wahlurne gefunden. Es kam infolgedessen zwischen den Anwesenden zu einem heftigen Zusammenstoß, in dessen Verlauf die Wahlurne zerschlagen und die Stimmzettel zerstreut wurden. Der den Wahlvorstand bildende Lehrer mußte sich auf das Dach flüchten. In Raubaix fielen vier Männer mehrere Personen an, die in das Gasthaus eintreten wollten, in dem der sozialistische Kandidat Francois logierte. Fünf von diesen Personen wurden verletzt, eine ist ihren Verletzungen bereits erlegen. — Die britische Admiralität hat das gleichzeitige Abfeuern von mehreren der zwölfzölligen Geschütze auf Kreuzern und Schlachtschiffen bis auf weiteres untersagt. Dieser Befehl ist die Folge von Schießversuchen, die in voriger Woche auf dem „Indomitable" vorgenommen wurden. Dabei wurden drei volle Lagen gleichzeitig von jedem Paar der zwölfzölligen Geschütze abgefeuert. Eine furchtbare Explosion zerschmetterte einen der an Bord befindlichen Kutter und die Davitts und verursachte auch anderen Schaden.

Ausland.

England.

Die indisch-afghanischen Grenzkämpfe.

London, 6. Mai. Unterhaus. Lynch (liberal) stellte die Anfrage, ob die Regierung mit Rücksicht auf die jüngsten Vorgänge an der indischen Grenze etwas von der Korrespondenz veröffentlichen werde, die wegen des englisch-russischen Vertrages zwischen der indischen Regierung und dem Emir gewechselt worden sein dürfte. Weiter fragte Lynch, ob die Regierung, ehe sie noch irgendwelche militärischen Operationen auf afghanischem Gebiete vornehme, das Haus in Kenntnis setzen wolle von etwaigen Meinungsverschiedenheiten, die es zwischen dem Emir und der indischen Regierung gegeben haben dürfte.

Unterstaatssekretär für Indien Buchanan erwiderte, auf die erste Anfrage müsse er eine verneinende Antwort geben. Was die zweite Frage betreffe, würde es im Hinblick auf den gegenwärtigen Stand der Dinge an der Grenze nicht im öffentlichen Interesse liegen, die Anfrage Lynchs zu beantworten, ob dem Emir ein Ersuchen übermittelt wurde, dem englisch-russischen Vertrage beizustimmen. Ich glaube, sagte Buchanan, erkannt zu haben, wie in den letzten zehn Tagen alle Mitglieder des Hauses es vermieden, Anfragen zu stellen, deren Beantwortung sehr ungelegen wäre. Ich hoffe, das Haus wird mich bei dieser Gelegenheit unterstützen, wenn ich es aus dem erwähnten Grunde ablehne, die gestellte Anfrage zu beantworten. (Allgemeiner Beifall.)

In Beantwortung einer zweiten Interpellation erklärte Buchanan, die Regierung habe keine Mitteilung erhalten, daß der Emir in einer Proklamation an die Afghanen ein Verbot erlassen habe, Feindseligkeiten gegen die englischen Streitkräfte zu unternehmen. Aber die Regierung und ich, so führte der Unterstaatssekretär weiter aus, glauben, daß der Emir sich bemühte, seine Untertanen daran zu hindern, an dem Aufstande teilzunehmen. Auf eine weitere Interpellation entgegnete Buchanan, daß die Zakka Khels und die anderen Afridistämme treu geblieben seien. Die Stammältesten der Zakka Khels seien sogar so weit gegangen, England ihre Dienste anzubieten. Das sei eine befriedigende Rechtfertigung der Politik des Entgegenkommens, die beim Abschluß der Expedition gegen die Zakka Khels geübt worden sei. Was die allgemeine Lage im Bezirk Khybar anbetreffe, so sei der Angriff auf Landi Khotal gänzlich mißlungen und die afghanischen Stämme seien über die Grenze zurückgegangen, es sei aber noch nicht möglich, ein abschließendes Urteil für die Zukunft abzugeben. An der Grenze des Gebiets der Mohmands werde die Ankunft eines Unterhändlers dieses Stammes erwartet.

Portugal.

Manuel II.

Lissabon, 6. Mai. Heute fand die Eidesleistung und die Proklamation König Manuels II. im Sitzungssaale der Deputiertenkammer statt. Die Formalitäten verliefen ohne jeden Zwischenfall. Angeblich haben die Lissaboner die schöne Gelegenheit benutzt, ihrem König die hohe Wonne ganz fühlen zu lassen, Liebling des Volkes zu sein. Und so weiter.

Serbien.

Der Kronprinz als Mörder.

Belgrad, 6. Mai. (Voss. Ztg.) **Großes Aufsehen erregt die Meldung, der Kronprinz Georg habe einen Gardesoldaten erschlagen. Die Leiche sei nach Kitschewo, dem Heimatsorte des Soldaten gebracht worden, wo der Vater den verlöteten Sarg öffnen und feststellen ließ, daß ein Verbrechen vorliege.** Narodny List erzählt, der Kronprinz habe sich gestern damit unterhalten, einem Soldaten eine Zigarette aus dem Munde zu schießen. **Die Kugel sei ihm jedoch in den Unterkiefer gedrungen und habe den Soldaten schwer verwundet.**

Es wird Zeit, dem kronprinzlichen Mordbuben gründlich das Handwerk zu legen.

Rußland.

Die Maifeier in Rußland.

Soweit Meldungen vorliegen, wurde die Maifeier nach neuem Stil auch in diesem Jahre nur in Polen und einigen Städten der westlichen Gouvernements begangen. Besonders eindrucksvoll war die Feier in Warschau. Obwohl die Fabrikanten und Kaufleute sich schriftlich verpflichten mußten, eine Strafe von 3000 Rubel an die Administration zu zahlen, wenn ihre Arbeiter und Angestellten am 1. Mai streiken würden, stellten mehr als die Hälfte der Warschauer Arbeiter die Arbeit ein. An Versammlungen und Umzügen war natürlich nicht zu denken, denn die Stadt glich geradezu einem Kriegslager. Alle Straßen und Plätze waren mit Militär und Polizei besetzt, die Straßenbahnwagen wurden von Soldaten eskortiert, unzählige Passanten wurden verhaftet usw. In Riga streikten, nach amtlichen Mitteilungen, etwa 10000 Arbeiter, in Wilna etwa 800 Buchdrucker und Handwerker. In Helsingfors, wie in ganz Finnland, wurden eindrucksvolle Kundgebungen veranstaltet. Auch dort hatten die Behörden umfangreiche „Vorsichtsmaßregeln" getroffen. Den ganzen Tag wurde das Militär in den Kasernen in Bereitschaft gehalten, allein zu Zusammenstößen kam es nirgends.

Attentat gegen den Gouverneur von Woronesch.

Woronesch, 6. Mai. Bei einem auf den Gouverneur von Woronesch verübten Bombenanschlag wurde der Gouverneur durch Bombensplitter am linken Bein und im Genick verletzt. Seine Gattin erlitt eine Quetschung an den Beinen. Die Person, die die Bombe warf, eine unbekannte Frau, wurde ebenfalls verletzt. Die Verletzungen des Gouverneurs und seiner Frau sind, nach den Aussagen der Aerzte, ungefährlich.

Woronesch, 6. Mai. Bei dem Bombenanschlage wurden mehrere Passanten, darunter vier jüngere Schülerinnen, verletzt.

•

Die Mörder von Bjalostok begnadigt.

Man schreibt der Russ. Korresp. aus Petersburg: Von den Begnadigungen der Pogromhelden, an die man sich allmählich gewöhnt, ist die der Raubmörder von Bjalostok die haarsträubendste, sowohl der Persönlichkeit der Verbrecher als des Zeitpunktes wegen, an dem die Begnadigung erfolgt. Von den Hooligans, die der Teilnahme am Bjalostoker Pogrom beschuldigt werden, sind bis jetzt nur die gerichtet worden, die den Pogrom an der Eisenbahnstation Bjalostok veranstaltet haben. Die Untaten an der Eisenbahnstation waren die grausamste Episode des ganzen Pogroms. Auf der Station wurden Juden, die mit den Zügen ankamen und nichts ahnend sich auf den Perron hinauswagten, von Hooligans überfallen und nach schrecklichen Quälereien ermordet, im Beisein und unter Zuziehung der ganzen Stationsverwaltung und des Militärs. Der Stationschef selbst und einige Stationsbedienstete haben an dem Morden teilgenommen. Die erste Gerichtsuntersuchung ergab solche Resultate, daß das Gericht nach den ersten Sitzungen sich genötigt sah, Vertagung eintreten zu lassen, um die ganze Sache einer neuen Untersuchung zu unterziehen. Das zweite Gericht verurteilte die Schuldigen zu Zwangsarbeit und zum Verluste der bürgerlichen Rechte. **Nun sind alle diese Helden begnadigt worden.** Einem, Demjanitschenko, sind acht Jahre Zwangsarbeit in ein Jahr Gefängnishaft verwandelt worden. Demjanitschenko hat folgendes getan: Als einige verwundete Juden auf dem Platz vor dem Bahnhof liegen blieben, eilte er herbei und zerschmetterte ihnen die Schädel mit seinem Fuß und mit einem Stein. Nach dieser Tat trat er ruhig zur Seite und reinigte seine blutbedeckten Stiefel im Grase.

Die Nachricht von dieser Begnadigung wird von den Organen des Verbandes des russischen Volkes unter der fettgedruckten Ueberschrift „Kaiserliche Gnade" im Volke verbreitet. Der Chef der Regierung will anscheinend neue Pogrome verhüten und der Kaiser begnadigt in derselben Zeit die, die sich schwerer, unmenschlicher Verbrechen schuldig gemacht haben. Welche Wirkung unter diesen Umständen das Zirkular Stolypins, das Maßregeln gegen Pogrome empfiehlt, haben kann, ist leicht begreiflich. Es ist kein Wunder, daß bei solchen Verhältnissen immer von neuem beunruhigende Nachrichten aus der Provinz kommen.

Polizisten als Hehler und Erpresser.

Während die Revision des Senators Garin in Moskau täglich neue Einzelheiten über die Korruption in der Moskauer Geheimpolizei zutage fördert, kommt aus Kiew die Nachricht, daß der Chef der Kiewschen Geheimpolizei, Aslanow, längere Zeit das Haupt einer Diebes- und Erpresserbande war. Er lebte mit einer ganzen Bande gewerbsmäßiger Abenteurer zusammen in einem Hotel und begünstigte auf jede Weise ihre Tätigkeit. Die Agenten der Geheimpolizei boten den Dieben und Spitzbuben bei ihren Verbrechen hilfreiche Hand. Wenn irgend jemand von ihnen von der „gewöhnlichen" Polizei verhaftet und der Geheimpolizei ausgeliefert wurde, wurden sie von der letzteren sofort auf freien Fuß gesetzt.

Die Enthüllungen über das Treiben der Geheimpolizei sind derartig, daß der Gouverneur sich veranlaßt sah, Aslanow bis auf weiteres von seinem Amte zu dispensieren. Es sollen weiter einige Beamte der Geheimpolizei ihres Postens enthoben werden. Eine charakteristische Einzelheit: An den Enthüllungen über Aslanows Tätigkeit nahm das Organ der Kiewer Echtrussen, Kiewljanin, regen Anteil. Aslanow behauptet nun, daß das aus Rache gegen ihn geschehe, weil er sich vom Führer der örtlichen Echtrussen, Rechtsanwalt Matussewitsch, nicht hatte bestechen lassen und ihm die Tür gewiesen hatte.

Eine nette Gesellschaft!

Das Briefgeheimnis in Rußland.

Als bei der Beratung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung in der Duma von der Opposition darauf hingewiesen wurde, daß das Briefgeheimnis in Rußland dauernd verletzt werde und daß die „schwarzen Kabinette" ihre Tätigkeit fortsetzen, hatte das Regierungsblatt Rossija die Stirn, diese Tatsachen, die der ganzen Welt bekannt sind, rundweg abzuleugnen und die Behauptung aufzustellen, daß das Briefgeheimnis allenfalls von den Beamten verletzt werde, die zu den radikalen Parteien gehörten. Darauf antwortete die Rjetsch durch einen Hinweis auf zwei Tatsachen: In dem 1905 veröffentlichten Berichte über den Professorenverband, der auf Grund offizieller Dokumente des Polizeidepartements zusammengestellt war, war u. a. die Rede vom Inhalte eines Briefes, den Prof. Brandt von Prof. Wernadski erhalten hatte. Kenntnis hatte man von ihm, wie es in dem Berichte hieß, durch Agenten erhalten. Prof. Wernadski aber hat den Brief erhalten, ohne daß dieser Spuren einer Oeffnung gezeigt hätte. Zweitens — hieß es in dem gleichfalls zur Kenntnis der Presse gelangten alleruntertänigsten Berichte des finnländischen Generalgouverneurs Bobrikow für die Jahre 1898 bis 1902: „Gegenwärtig wird in Finnland dasselbe System der Kontrolle der privaten Korrespondenz geübt, wie im Reich, das Zweifel an seine Geschicklichkeit erweckt."

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080507/2
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Marokko.

„Die Stunde der Entscheidung."

Paris, 6. Mai. Der Petit Parisien, der gute Beziehungen zum Ministerium des Aeußern unterhält, meint, in Marokko sei die Stunde der Entscheidung nahe. Das Blatt glaubt, die Krise werde nicht vorübergehen, ohne eine Entwicklung zu bringen. Die Lösung des Problems hänge davon ab, welcher der beiden Sultane zuerst Fez erreichen und von der Hauptstadt anerkannt werde. Im Gegensatz zu anderen Zeitungen, die täglich die völlige Auflösung der hafidistischen Truppen ankündigen, konstatiert der Petit Parisien, daß etwas Sicheres aus den widersprechenden Meldungen nicht zu entnehmen sei. Die Art dieser Nachrichten zeigt das Blatt selbst, indem es zwei Telegramme seiner Korrespondenten in Tanger und Fez untereinander stellt. Aus Tanger meldet der Korrespondent, die Mehrheit der Bevölkerung von Fez erwartet sehnsüchtig den Sultan Abdul Aziz und sei dem legitimen Sultan treu ergeben. Der Korrespondent in Fez aber meldet, daß am 1. Mai die Verlesung einer Botschaft Muley Hafids mit Freudenschüssen begrüßt worden sei. In diesem Briefe kündete Muley Hafid, daß er in einigen Tagen in Fez eintreffen werde. Die Bevölkerung rüstet sich zu feierlichem Empfange, nur die Kaufleute warten in stummer Ergebenheit die Ereignisse ab.

Trifft Muley Hafid zuerst in Fez ein, das seine Anhänger schon behaupten, so dürfte der volle Erfolg auf seiner Seite sein. Die Mahallah Bagdadis hingegen würde sich nicht ohne Schwierigkeiten in den Besitz der Hauptstadt setzen können; es könnte dabei zu schweren Unruhen kommen. Man muß aber noch mit einer dritten Möglichkeit rechnen: daß die beiden auf getrennten Wegen nach Fez marschierenden Heerhaufen, ehe einer von ihnen die Stadt erreicht hat, zum Entscheidungskampfe zusammenstoßen.

•

Paris, 6. Mai. General d'Amade berichtet, daß eine unter dem Kommando des Obersten Manannier stehende Brigade fliehende Abteilungen der Mdakras bis ins Gebirge verfolgte, wobei die Marokkaner schwere Verluste erlitten. Auf französischer Seite sind drei Verwundungen zu verzeichnen. General Lyautey meldet, daß im Gebiete von Tara verdächtige Zusammenrottungen und Unruhen beobachtet würden, hervorgerufen durch die Predigten für den heiligen Krieg. Auf französischer Seite wurden Maßregeln getroffen, um jeder Eventualität vorzubeugen.

Casablanca, 6. Mai. (Dr. A.) Im Mdakragebiete wurde das Gehöft eines deutschen Schutzgenossen von Franzosen überfallen und ausgeplündert. Das bare Geld wurde weggenommen, das Vieh fortgetrieben und die Leute, darunter Frauen, fortgeschleppt. Der Schutzgenosse ist an dem Kampfe gegen die Franzosen völlig unbeteiligt.

Persien.

Die inneren Wirren.

Teheran, 6. Mai. Es ist noch immer kein neues Kabinett gebildet worden. Die Zolleinnahmen haben im letzten Monat wieder ganz bedeutend abgenommen. Die persische Post will wegen Geldmangels den Betrieb einstellen. In den Provinzen herrscht überall Aufruhr, der Staat scheint infolge gänzlicher Leere in allen Kassen in schnellem Tempo dem Ruin entgegenzugehen, wenn nicht doch noch eine neue Anleihe zustande kommt.

Volkswirtschaft.

Die Entwicklung des amerikanischen Tabaktrusts.

k. Je näher die amerikanischen Wahlen heranrücken, um so mehr zeigt es sich, daß der von Roosevelt gegen die Trusts so lärmvoll eingeleitete Kampf kaum mehr als ein schlau berechnetes Wahlmanöver ist. Die Volksstimmung war längst gegen die Trustgebilde und ihre vielfachen Ausschreitungen gerichtet, bei dem Ausbruch der Krise verschärfte sich diese Abneigung noch mehr, die Situation benutzte Roosevelt geschickt, um durch Schimpfkanonaden gegen die räuberischen Trusts für seine Partei Propaganda zu machen. Die hohen Geldstrafen gegen die Standard-Oil-Company wurden von den Trustmagnaten ebensowenig sonderlich ernst genommen wie die Erhebungen und die verschiedenen Androhungen gegen ihre Existenz durch den Präsidenten. Vorläufig wachsen die Trusts ungehindert, die Krise beschleunigt ihr Wachstum, der amerikanische Stahltrust hat jetzt seinen größten Konkurrenten verschlungen, selbst neue Trusts sind in Bildung begriffen. Von besonderem Interesse für Deutschland ist die Tätigkeit des amerikanischen Tabaktrusts, weil dessen Tätigkeit nach Deutschland übergreift. Ueber die Geschichte dieses Trusts bringt die Kölnische Zeitung eine eingehende Darstellung. Der Trust wurde im Jahre 1890 von fünf Zigarettenfabrikanten begründet, das Kapital betrug 25 Millionen Dollar, in Wirklichkeit wurde aber nur ein kleiner Teil davon in bar eingezahlt. Ihm gehörten acht Fabriken an, die mit erheblichem Gewinn betrieben wurden. Im Jahre 1898 gründete der Trust eine Tochtergesellschaft zur Fabrikation von Pfeifen- und Kautabak. Etwa zur gleichen Zeit entstand eine Konkurrenzgesellschaft, die mit einem bereits bestehenden Konkurrenzgeschäft eng verbunden war. Der Trust kaufte beide Unternehmungen und ging alsdann dazu über, die Schnupftabakfabriken unter seiner Leitung zu vereinigen, bald darauf wurde eine Gesellschaft zur Fabrikation von Zigarren gegründet. Im Jahre 1901 erwarb der Trust die Fabrik Jasmatzi in Dresden, ferner eine bedeutende englische Tabakfirma, um auch in England Fuß zu fassen. Unter dem Druck dieser Konkurrenz schlossen sich die englischen Fabrikanten zu einer Vereinigung zusammen, die den Detailhändlern große Konzessionen machte, um den Wettbewerb des amerikanischen Trusts zurückzuschlagen. Die vereinigten englischen Fabrikanten boten ihren Kunden den fünften Teil ihres Reingewinns von etwa 750 000 Pfund als Sonderrabatt (der Höhe ihrer Käufe entsprechend sollte er zur Verteilung gelangen), wenn sie sich verpflichteten, bis zum Jahre 1906 keine amerikanische Ware zu verkaufen. Der Trust erhielt von diesem Angebot Kenntnis und machte 7000 Detaillisten telegraphisch die Offerte, daß er seinen Kunden für vier Jahre den gesamten Reingewinn überlasse und außerdem noch eine Million Dollar jährlich zur Verteilung bringen werde. Die englischen Händler nahmen das Angebot an, die englische Vereinigung der Tabakfabrikanten streckte vor dem Trust die Waffen, sie wurde von dem Trust aufgenommen. Jetzt beherrscht der Trust 90 Prozent der amerikanischen Produktion, ihm gehören etwa 150 Fabriken mit einem Kapital von 500 Millionen Dollar, er umfaßt Gesellschaften in allen Erdteilen. Von Gesellschaften sollen ihrerseits allein Vertrustungen besonderer Industriezweige sein. Dieser Tabaktrust gehört nun noch lange nicht zu den stärksten Trusts der Vereinigten Staaten Amerikas, dennoch würde es Herrn Roosevelt wohl nicht gelingen, ihn zu zerschlagen, auch wenn sein Feldzug gegen die Trusts ehrlich beabsichtigt gewesen wäre. Die Trustgefahr wird bestehen, solange die heutige wirtschaftliche Verfassung besteht, erst mit ihr wird sie verschwinden.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

108. Sitzung vom 7. Mai 1908.

Zur Herstellung einer Niederdruckdampfheizung beim Landständischen Seminar in Bautzen werden 30 000 M. bewilligt.

Der zweite und letzte Punkt betrifft die **Petition des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege um Einführung des biologischen Unterrichts an den oberen Klassen der höheren Lehranstalten.**

Abg. Claus (Berichterstatter) weist darauf hin, daß auch die Naturforscherversammlung zu Dresden die Einführung des biologischen Unterrichts für wünschenswert erklärt habe. Die Deputation habe die Gründe für die Forderung für beachtlich erklärt und beantrage, die Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Kultusminister Dr. Beck (fast gänzlich unverständlich auf der Tribüne) verweist auf die Erklärung der Regierung in der Ersten Kammer und verbreitet sich über Zweckmäßigkeit des Unterrichts, über Bau und Entwicklung des menschlichen Körpers und zitiert hierbei eine große Anzahl Aeußerungen verschiedener Gelehrter. Wenn der Unterricht zweckentsprechend erteilt werden solle, sei es notwendig, daß geeignete Lehrer vorhanden seien. Der Unterricht über Zoologie sei bereits in den Unterricht aufgenommen worden. Die Ausgestaltung des biologischen Unterrichts würde ein wichtiges Glied in der Kette der Maßnahmen bilden, die zu der Reform des Unterrichts in der Volksschule und den Gymnasien führen sollten.

Abg. Bär (freil.): Prof. Paulsen habe betont, daß ein Verzicht auf den biologischen Unterricht ein Verzicht auf den wichtigsten Teil der Naturwissenschaft bedeute. Bisher habe man aber den biologischen Unterricht an den Gymnasien ausgeschlossen. Wenn in dem Berichte gesagt werde, es solle die Naturwissenschaft über die Entstehung der Lebewesen und ihr Wirkungskreis den Schülern nicht schematisch, sondern in geeigneter Weise beigebracht werden, so sei er damit ganz einverstanden. Ein hervorragender Lehrer habe ihm gesagt, daß ein geeigneter biologischer Unterricht die Kinder außerordentlich interessiere und ihre Bildung sehr fördere.

Kultusminister Dr. Beck: Er könne erklären, daß er den Satz des Professors Dr. Paulsen, wer auf den biologischen Unterricht verzichte, verzichte auf den wichtigsten Teil der Naturwissenschaft, durchaus unterschreibe.

Abg. Dr. Rühlmann (natl.): Die Forderungen der Petition seien in den höheren Schulen Sachsens zum Teil schon erfüllt, insbesondere sei das am Gymnasium zu Döbeln der Fall. Es seien auch die erforderlichen Anschauungsmittel vorhanden. Eine weitere Ausgestaltung des biologischen Unterrichts dürfe nicht auf Kosten der anderen Unterrichtsfächer erfolgen; es sei aber auch eine Vermehrung der Stundenzahl bedenklich. Der Redner verbreitet sich sodann weiter sehr eingehend über die Frage, wie der erweiterte biologische Unterricht in den Lehrplan aufgenommen werden soll. Zum biologischen Unterrichte gehörten aber auch die entsprechenden Lehrmittel und vor allem viele Exkursionen. Dazu sei aber nötig, daß die Regierung die Haftpflicht auf die Staatskasse übernehme.

Abg. Dr. Brückner (kons.): Für jeden heranwachsenden Menschen sei eine biologische Aufklärung nötig, das gelte auch für den Volksschüler. Es sei nötig, daß in der letzten Klasse der erforderliche Unterricht erteilt werde, damit die jungen Leute nicht mit falschen Anschauungen die Schule verlassen und vor abergläubischen Auffassungen bewahrt würden.

Abg. Starke (kons.): Es sei den Theologen empfohlen worden, sich eingehender mit biologischen Fragen zu befassen. Die Mahnung sei überflüssig gewesen, denn die Vorträge auf Pastoralkonferenzen zeigten, daß die Geistlichen in dieser Beziehung auf der Höhe der Zeit ständen. Wenn eine Ausgestaltung des biologischen Unterrichts erfolgen solle, dürfe man das nicht auf Kosten des Religionsunterrichts tun.

Abg. Opitz (kons.): Auf dem Gebiete der Naturwissenschaft sei gewiß staunenswertes geleistet worden. Aber das habe ihn nie davon abhalten können, des Augenmaß für die Bedeutung der einzelnen Errungenschaften aus dem Auge zu lassen. Die biologischen Wissenschaften seien besonders durch die Darwinschen Forschungen zu Bedeutung gelangt. Heute aber werde der Darwinismus nicht nur von Theologen, sondern auch zum Teil von der Wissenschaft bekämpft. Nach dem Berichte solle der biologische Unterricht sich darauf erstrecken: Wie nährt sich, wie mehrt sich und wie wehrt sich das Lebewesen. Auf diese Frage könnte die Biologie keine erschöpfende Auskunft geben. Man müsse sich überhaupt vor einer Ueberschätzung dieses Unterrichts hüten. Er sei nicht durchaus gegen den biologischen Unterricht. Da entstehe aber die Frage, wie er in den Unterricht aufgenommen werden solle. Eine Erweiterung der Stundenzahl sei ausgeschlossen, man dürfe aber auch die anderen Unterrichtsgegenstände nicht beschränken. Was den Volksschulunterricht betrifft, so staunt man, was man jetzt alles für Wünsche vorbringt; die Wünsche mögen für sich berechtigt sein. Die Frage aber ist, wie es möglich ist, die Wünsche zu verwirklichen, ohne die anderen Unterrichtsfächer zu beschneiden. Er müsse die Regierung ersuchen, bei der Frage des biologischen Unterrichts die erforderliche Vorsicht zu beachten.

Abg. Dr. Rühlmann (natl.): Der Abg. Starke habe den Wunsch zu erkennen gegeben, daß sich der Biologielehrer mit dem Religionslehrer in Verbindung setzen solle. Ich bin kein Freund dieses Wunsches. Bei dem jetzigen Stande der Dinge hat der Religionslehrer alle Veranlassung, sich aller Angriffe auf die Naturwissenschaft zu enthalten; andernfalls ist es die Pflicht der Lehrer der Naturwissenschaft, sich der Angriffe auf die Religion zu enthalten. Der Abgeordnete Vizepräsident Opitz werde heute mit seiner Geringschätzung des biologischen Unterrichts nicht viel Anklang finden. Ob in den Lehren Darwins oder Häckels Irrtümer enthalten sind, das wage ich, obwohl ich Naturwissenschaftler bin, nicht ohne weiteres zu entscheiden. Die Biologie ist aber davon nicht sehr abhängig. Jedenfalls berührt das die Frage und die Vorteile der biologischen Aufklärung gar nicht. Es handelt sich überhaupt gar nicht um die Einführung eines neuen Lehrfaches, sondern nur um eine andere Lehrweise in gewissen Gebieten der Naturwissenschaft.

Abg. Claus (Berichterstatter): Dem Abg. Opitz wolle er nur erklären, daß die Deputation nicht auf dem Standpunkte stehe, daß der Darwinismus in die Schule eingeführt werden solle. In dem Bericht sei auch bereits betont worden, daß es sich nicht um Einführung eines neuen Unterrichtsfaches handele, sondern nur um eine andere Art des Unterrichts.

Sodann wird dem Antrage der Deputation entsprechend beschlossen, die Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: Bericht über die indirekten Steuern und Eisenbahnsachen.

Neues aus aller Welt.

Das abgelehnte Duell.

Mit einer Duellaffäre, in der ein 64 Jahre alter Geheimer Regierungsrat die Hauptrolle spielt, hatte sich am Dienstag die Strafkammer in Hirschberg in Schlesien zu befassen. Der Geheime Regierungsrat und Rittergutsbesitzer Schulz-Ribborn war, wie dem B. T. berichtet wird, Gutsvorsteher, und zu dem Gutsbezirk gehörte auch eine Ziegelei, deren Eigentümerin die Frau des damals im Infanterieregiment Nr. 28 in Koblenz stehenden Hauptmanns Klebs war. Im Juni 1906 richtete der Gutsvorsteher die übliche formularmäßige Aufforderung an den Hauptmann, den auf die Ziegelei entfallenden Anteil an den Beiträgen zur land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft zu zahlen. Der Hauptmann, der die Forderung nicht anerkannte, erwiderte ziemlich schroff. Es entspann sich ein Briefwechsel, der Ton wurde immer gereizter, bis endlich der Hauptmann den Geheimrat aufforderte, binnen 24 Stunden eine Ehrenerklärung ein zusenden. Das lehnte der Geheimrat ab. Darauf übergab der Offizier die Affäre dem Ehrenrat seines Regiments. Dieser forderte wieder den Geheimrat zu einer Ehrenerklärung binnen 24 Stunden auf, aber der Geheimrat ließ diesen Brief unbeantwortet und nahm einen zweiten Brief des Ehrenrats gar nicht erst an. Am 31. August 1906 kam an den Geheimrat eine Depesche des Bezirkskommandos, er solle in Mobilmachungsfragen (!) angeben, ob er in einem Militärverhältnis gestanden habe, was der Geheimrat mit einem „Nein" beantwortete. Schließlich erhielt der 64jährige Geheimrat von dem Hauptmann Klebs durch den Bezirksoffizier und Hauptmann Tegner in Muskau eine Forderung auf Pistolen zugestellt. Hierauf sandte der Geheimrat dem Hauptmann einen Brief, der unter anderem folgende Stellen enthielt:

„Ich habe keine Zeit, mich mit dieser verbotenen Spielerei zu befassen. Sagen Sie Ihrem Kameraden, um den ich Sie übrigens nicht beneide, er hätte mit seiner Forderung eher kommen müssen, als ich Primaner oder Student war, da hätte ich vielleicht noch die Jugendeselei gemacht. Wenn ich mich hätte mit jedem . . . schießen sollen, der sich in meiner vierzigjährigen Dienstzeit durch eine amtliche Handlung von mir gekränkt fühlte, dann hätte ich in meinem Leben schon viel Löcher in die Luft knallen müssen. Die Institution des Ehrenrates ist der Gipfel des Lächerlichen. Der Ehrenrat umgibt nur für Narren eine Forderung mit einem Nimbus. Ich als alter Mann habe nur ein mitleidiges Lachen für derartige Jugendpossen und alle, die daran teilnehmen. Die Forderung ist wieder ein Beweis von den beim Militär herrschenden perversen Ehr- und Rechtsbegriffen. Mit der Depesche hat das Bezirkskommando direkt die Unwahrheit gesagt, denn es handelte sich nicht um Mobilmachungsfragen, sondern um den Ehrenhandel. Mit der für Sie geltenden Wertschätzung . . ."

Auf diesen Brief hin stellten dann die beiden Hauptleute Strafantrag wegen Beleidigung gegen den Geheimrat, den auch die Görlitzer Strafkammer zu 100 M. Geldstrafe verurteilte. Da aber das Görlitzer Gericht dem Angeklagten nicht den Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zugesprochen hatte, hob das Reichsgericht auf die Revision des Angeklagten hin das Urteil auf und wies die Sache an das Landgericht Hirschberg. Bezirkskommandeur Oberstleutnant Rudorffer aus Muskau erklärte, daß die Veranlassung des Telegrammes an den Angeklagten eine Anfrage des Ehrenrates des 28. Regiments gewesen sei, aber als Bezirkskommandeur sei er auch verpflichtet, sich über die Militärverhältnisse der Personen in seinem Bezirk, die früher Offiziere gewesen sind, zu erkundigen, damit sie eventuell bei einer Mobilmachung noch verwandt werden können. Von dem schwebenden Ehrenhandel habe er damals noch nichts gewußt. Der Staatsanwalt beantragte wieder 100 M. Geldstrafe. Das Urteil des Gerichtshofes lautete auf **hundert Mark Geldstrafe**. Der Gerichtshof hat dem Angeklagten den Schutz des § 193 zugesprochen. Die Strafe sei deshalb so niedrig bemessen worden, weil der Angeklagte als alter Mann berechtigt war, die Forderung sehr scharf zurückzuweisen und weil Hauptmann Klebs den persönlichen Konflikt verursacht hat.

•

Berlin, 6. Mai. Die Verzweiflungstat eines unglücklichen Familienvaters hat heute die Bewohner des Hauses Elbinger Straße 34 in Aufregung versetzt. Durch die Polizei wurden dort die bereits in Verwesung übergegangenen Leichen des 42 Jahre alten Schenkwirts Franz Zippier und seiner zwölfjährigen Tochter Alice in ihren Betten liegend aufgefunden. Das Fehlen jeden Zeichens äußerer Gewalt in Verbindung mit dem allgemeinen Befund läßt nur die Annahme zu, daß der Vater sein Kind und hierauf sich selbst **durch Gift getötet** hat. Der Beweggrund zur Tat ist Verzweiflung über die Notlage und die Krankheit, unter der Vater und Kind zu leiden hatten. Die Leiche und Reste von vorgefundenen Getränken wurden beschlagnahmt.

Berlin, 6. Mai. Es ist jetzt festgestellt, daß es sich bei der Erkrankung des 4½jährigen Mädchens Erna Fein aus Galizien um echte Pocken handelt. Das Kind liegt in der Charité, schwebt aber zur Zeit nicht in Lebensgefahr.

Braunschweig, 6. Mai. In Wolfstadt wurden zwei Frauen vom Blitze getroffen. Die eine ist tot, die andere liegt schwer verletzt danieder.

Bamberg, 6. Mai. Infolge falscher Weichenstellung fuhr der von Bamberg kommende Güterzug 1729 auf der Station Haßfurt auf den von Würzburg kommenden Güterzug 1713. Zehn Güterwagen wurden vollkommen zertrümmert. Der Materialschaden ist beträchtlich. Der Weichenwärter Graf in Haßfurt wurde vom Amte suspendiert.

•

Catania, 6. Mai. Seit dem 3. Mai haben die Lavaströme des Aetna aufgehört. Den neuen Kratern entströmt nur noch Rauch. In Paternò ist ein starker Erdstoß wahrgenommen worden, ebenso in Santa Venerina. Dort wurden zahlreiche Häuser beschädigt. Die Bevölkerung lagert unter freiem Himmel.

Großwartheim, 6. Mai. Im Zarander Walde bei Fugyi Vasarhely überfielen 200 wallachische Waldarbeiter 100 ungarische Arbeiter. Dem Kampfe wurde erst durch Gendarmen ein Ende gemacht. Drei Personen wurden lebensgefährlich und 15 schwer verletzt. Einige Rädelsführer wurden verhaftet.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden
für den 8. Mai 1908:

Ziemlich starke Westwinde; wolkig; geringer Temperaturrückgang; zeitweise Regen.

Wetterbericht von der Wettersäule an der Augustusbrücke
am 7. Mai, mittags 12 Uhr.

Barometer: 750. Veränderlich.
Thermometer: + 14° R.
Thermometrograph: Min. + 14, Maxim. + 10.
Hygrometer: 75%.
Wasserstand: — 58.

Dresdner Polizeibericht vom 7. Mai.

Im Besitze eines hier im Januar dieses Jahres wegen Taschendiebstahls verhafteten 26 Jahre alten Hausdieners sind u. a. ein Hauptschlüssel und vier kleine, vermutlich zu Vorlegeschlössern gehörige Schlüssel mit Schlüsselring vorgefunden worden, die offenbar von einem Diebstahle herrühren. Der Verlustträger wird hierdurch ersucht, sich in der Kriminalabteilung, Hauptpolizei, Zimmer 29, zu melden.

Bei der Ausübung seines Berufs stürzte am Sonnabend in einem Neubaue auf der Residenzstraße ein Malergehilfe von einer Treppenleiter herab und zog sich innere Verletzungen und eine Gehirnerschütterung zu. Ein hinzugezogener Arzt ließ ihn in das Johannstädter Krankenhaus bringen.

Als vorgestern in der Vorstadt Striesen eine Kaufmannsehefrau nach einer kurzen Abwesenheit in ihre Wohnung zurückkehrte, fand sie ihr fünf Jahre altes Töchterchen laut schreiend mit brennenden Kleidern vor. Mit Hilfe einiger Männer wurde das Mädchen von den brennenden Kleidern befreit, worauf es im Johannstädter Krankenhaus Aufnahme fand, in dem es bald danach den schweren Brandverletzungen erlag. Vermutet wird, daß der Kleinen beim Herumspielen am brennenden Gaskocher die Kleider in Brand geraten sind.

Letzte Telegramme.

Marokko.

Tanger, 7. Mai. In der Moschee in Rabat wurde eine Botschaft des Sultans verlesen, in der mitgeteilt wird, daß Saffi von den Truppen des Sultans Abdul Aziz zurückerobert ist und die dortige Bevölkerung große Begeisterung für Abdul Aziz zeigt. Die Bewohner Rabats stehen dieser Botschaft kühl gegenüber. Muley Hafid wird in dieser Woche in Fez erwartet. — Die Franzosen sollen in den letzten Kämpfen mit den Mdakra eine schwere Niederlage erlitten haben. Angeblich mußten sie sich mit Verlusten zurückziehen. Es heißt, daß ihnen die Munition ausging.

Das heutige Blatt enthält 10 Seiten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Einzelmitgliedschaft Dresden und Umg.

Elektromonteure!

Sonnabend den 9. Mai, abends 9 Uhr

Versammlung

im kleinen Saale des Volkshauses, Maxstraße 13.

Tages-Ordnung:

Letzte Ziele. Referent: Redakteur **Fritz Düvell.**

Branchenangelegenheiten. — Debatte.

Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht! **Der Einberufer.**

Deutsch. Transportarb.-Verband
(Dresden).

Sonnabend den 9. Mai, abends 9½ Uhr

Oeffentliche Versammlung

der Kutscher, Markthelfer, Packer u. Berufsgenossen im **Restaurant Lorenz** in Löbtau, Frankenbergstr. 14.

Tages-Ordnung:

1. **Die Entwicklung im Transport- und Verkehrsgewerbe.** Referent: Kollege **Schiller.**
2. **Gewerkschaftliche Angelegenheiten.**

Sonnabend den 9. Mai, abends 9½ Uhr

Oeffentliche Versammlung

der Kutscher, Markthelfer u. Berufsgenossen im **Restaur. Deutsche Eiche** in Striesen, Huttenstraße.

Tages-Ordnung:

1. **Die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation.** Referent: Kollege **Panoscha.**
2. **Gewerkschaftliche Angelegenheiten.**

An alle Kollegen ergeht hiermit das bringende Ersuchen, in obigen Versammlungen vollzählig zu erscheinen.

Die Bezirksführer.

Hut-Arbeiter und -Arbeiterinnen
von Mügeln, Dohna und Umgegend.

Sonntag den 10. Mai, nachmittags Punkt 3 Uhr

Versammlung

im **Sächsischen Hof, Dohna.**

Tages-Ordnung:

1. **Pflichten und Rechte der Hutarbeiterschaft in ihrer Berufsorganisation.** 2. **Kartellbericht.** 3. **Gewerkschaftliches.**

Debatte.

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Einberufer.**

Zentralverband der Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen
Verwaltungsstelle Plauenscher Grund.

Sonntag den 10. Mai vormittags 10½ Uhr **Versammlung** im **Augustabad Deuben**

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung des Delegierten vom Verbandstag in Köln. — 2. Berichterstattung von der Bezirkskonferenz und vom Gewerkschaftskartell. — 3. Gewerkschaftliches.

Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet **Der Einberufer.**

NB. Sonntag den 17. Mai: Gemeinsame Frühjahrspartie mit der Dresdner Zahlstelle nach dem Rabenauer Grund. Abmarsch mittags 1 Uhr vom Hainsberger Gasthof.

Geschäfts-Uebernahme.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß wir das

Restaurant zum Abstellbahnhof
Kunadstrasse 4, Ecke Feldschlösschenstrasse

übernommen haben. Es wird unser aufrichtiges Bestreben sein, den uns beehrenden Gästen es so angenehm als nur irgend möglich in unsern Lokalitäten zu machen und durch Verabreichung von nur **guten Speisen und Getränken** deren Vertrauen zu sichern. — Ferner empfehlen wir **guten, billigen Mittagstisch,** sowie **hausschlachtene Fleisch- und Wurstwaren.** — **Vereinszimmer** für Geschäftsbesprechungen steht zur Verfügung.

Um gütigen Zuspruch bittend, zeichnen

Hochachtungsvoll **Otto Semmann und Frau.**

Restaurant zur Räthelsburg, Grossenhainer Str. 146 Ecke Rückertstrasse.

Zu meinem am **Sonntag den 10. Mai 1908** stattfindenden

Abend-Essen

erlaube ich mir, werte Gäste nebst Angehörigen ganz ergebenst einzuladen. Für musikalische Unterhaltung ist bestens gesorgt. — Kein Weinzwang. — Vorzügliche Küche und Keller. — ff. selbstgebackener Käsekäulchen.

Hochachtungsvoll **Paul Höhle.**

NB. Jeden Sonntag Freikonzert. — Herrlicher Garten, geeignet zu Sommerfesten.

Baubörse Mickten.

Empfehle meine **Lokalitäten** einer geneigten Beachtung. Vereinszimmer noch einige Tage frei. **Asphalt-Kegelbahn.**

Hochachtungsvoll **A. Mäser.**

Curt Wilkerling, Pieschen, Mohnstrasse 2
Tischler- und Polstermöbel sowie **komplette Ausstattungen** sollen wegen Umbau zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden.

Rad-Rennen
zu Dresden.

Sonntag den 10. Mai, nachm. 3½ Uhr

Stunden-Rennen.

Es starten:

Bruni Eugen, Paris ★ **Günther** Peter, Köln

Salzmann B., Berlin

Vanderstuyft Artur Belgien

in zwei Rennen.

Ausserdem Flieger-Rennen.

Einlass 2 Uhr. Die Leitung.

Sports-Genossen! Arbeiter-Radfahrer!
Plauenscher Grund und Umg.!

Die billigste und vorteilhafteste Einkaufsstelle von **erstklassigen Fahrrädern,** wie

Brennabor, Avanti, Opel u. Wanderer

sowie für sämtliche Zubehörteile, als **Mäntel, Schläuche, Laternen** usw., nur prima Qualität, finden Sie beim Sportsgenossen

Emil Dittrich, Obergittersee, Dresdner Str., vis-à-vis d. Post

Erleichterte Zahlungsbedingungen.

NB. Wegen Mangels an Platz sind noch mehrere **neue Nähmaschinen,** Fabrikate erster deutscher Firmen, mit 5 Jahre Gar., spottbillig abzugeben.

Garantiert reines

Roggenbrot

1. Sorte, 4 Pfund = **56** Pf.
2. Sorte, 4 Pfund = **54** Pf.

Sehr delikates

Weizenbrot

1 Stück **25** Pf.

Hochfeines

Weizenschrotbrot

1 Stück **20** Pf.

F. E. Krüger
Webergasse 18
Telephon 1912.

Freier Versand nach allen Stadtteilen.

Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe.

Grösste Auswahl!

Robert Walter, Mügeln, Bismarckstrasse 7.

Arbeits-Garderobe, Wäsche, Sportsachen, Trikotagen usw.

Konfirmanden-Anzüge in allen Preislagen.

---

50 Betten

hochfein rot, dicht Daunenköper, große Ober- und Unterbetten und zwei Kissen mit 17 Pfund Halbdaunen, wegen kleiner Farbfehler a Gebett **30 M.,** dasselbe Bett mit Daunendecke **35 M.,** feinstes herrschaftliches Daunenbett **40 M.** — Nicht gefallend, Geld zurück. — Katalog frei.

Bettenfabrik Th. Kranefuss, Kassel 41.

Gelegenheit!

Freitag und Sonnabend werden 12 bessere **Herrenanzüge** u. (20 einz.) **Hosen** aus pr. Stoffen billig verk. **Tuchlager Amalienstr. 17, 1.**

Gebr. mod. **Sportwagen** mit Plane (auf Gummi) ist bill. zu verk. Alticotta 8, 1. Mitte.

Kinderwagen, Sportwagen
viel **billiger** als in großem Laden. Jeder überzeuge sich vor Ankauf. **Liliengasse 8, parterre**

Elegantes Plüschsofa, Matratzen, sol. Arbeit, billig zu verkauf. Teilzahl. gestattet. Schäferstraße 22, Tapezierer.

Nähmaschine, w. neu näh., 22 M., **Kinderl. m. Gest.** bill. z. vk. Jahnstr. 4, I.

Fernruf 1603. **Nur noch 4 Tage!** Fernruf 1603.

Circus
G. L. Angelo.

Dresden-Löbtau, Crispiplatz.

Freitag den 8. Mai 1908, abends 8½ Uhr

Letzte

Clown- und Komiker-Vorstellung

Außer dem humoristischen Programm: **Sämtliche Attraktionen Reit-Spezialitäten, Pferde,** sowie **erstes Auftreten der zwei marokkanischen Rebellen,** die unter dem Bandenführer Raisuli kämpften.

Sonnabend den 9. Mai 1908

4 Uhr Zwei grosse Galavorstellungen 8½ Uhr

Nachmittags 4 Uhr

Letzte Kinder- u. Familien-Vorstellung zu halben Preisen für Groß u. Klein.

Abends 8½ Uhr: **Grosser Gala-Abend.**

Billett-Vorverkauf für die Abendvorstellungen in: **Havannahaus L. Wolf,** Seestraße, Postplatz, König-Johann-Straße, **Zigarrenhaus Bach,** Löbtau, Freiberger Straße 124.

Ihr Leben ist in Gefahr,

wenn Sie sich auf ein minderwertiges Fahrrad setzen. Fahren Sie nur ein Rad erstklassiger Marke! Ich erleichtere Ihnen den Kauf durch kulanteste Zahlungsbedingungen.

Paul Schmelzer
Ziegelstraße 19.

Herren-Wäsche
Krawatten, blaue Anzüge kauft man am billigsten bei

E. Köhler, Am See 13.

Mutterspritzen
Spülkannen, Leibbinden, Gummistrümpfe

Hilfe bei Störung und alle

Frauenartikel
Preis-Liste gratis u. diskret.

Rich. Freisleben
Postplatz.

Man achte genau auf Firma, da auf diese Nummer **Rabatt.**

Rindfleisch, 60—70 Pf., **Schweinefleisch,** 60—75 Pf. Mittwochs, Freitags und Sonnabends.

Laubegast, Stadt Amsterdam.

Rindfleisch 60–70
Schweinefleisch 60–75
jeden Freitag und Sonnabend

Leuben, Marktplatz 2.

Wollen Sie
gute getragene und neue **Herren-Anzüge, Ueberzieher, Hosen, Fracks** und dergl. kaufen, bemühen Sie sich

Landhausstr. 18, I.
Frack- und Gehrock-Verleihanstalt.

Plüsch rot und grün **Sofas** **gut gearb. 38, 45 u. 54 M.**

Wilsdruffer Straße 33, 1. Et.

Sein Blut
reinigt man am besten im Frühjahr zur Vorbeugung gegen Krankheit mit **Kräuter-Wacholder-Sarsaparill.** ... Schwamm Dr. Brandes. ... 1 M., verdickt 1.50 M. ...

Salomonis-Apotheke, Dresden-A., Neumarkt 8.

Ein Post. neue Anzüge, Hose, M. 7.75, ... bill. Seller, Schneidermstr., Pirnaische 81.

E. Schurigs Restau[rant]
14 Stiftsstraße 14.

Grosser Mittagstisch

Freitags: **Schlachtfest**

Verkehrs-Lokal der ...

Saal frei
Hosterwitz bei ...

Gasthaus z. Kronprinz

Elektr. Bahn Bergstr. b. nach ...

Fisch-Götze

Mutterspritzen
Spülkannen u. 1 M. an, **Leibbinden** und alle hygienischen **Frauenartikel.** Preisliste gratis. 15 Proz. Rabatt.

Frau Heusinger
Am See 37. Ecke Dippoldiswalder...

Kalbfleisch Pfd. 65
Schweinefleisch Pfd. ...

Schweinsknochen Pfd. ...

Blut- und Leberwurst Pfd. ...

Mett- und Polnische Pfd. ...

Kalbsfüße Stück ...

Gustav Klö[tzer]
Fleischermeister

Markgraf-Heinrich-Platz

Gut erhalt. Kinderwagen billig zu verk. Großestr. 15, I. ...

Mod. Kinder- u. Sportwagen ... billig ...

Fahrräder, gebr., ... Löbtauer Str. ...

Lohnende Existenz
auch als Nebenbeschäftigung ... Unzahlbare Leute ... Offert. unt. C. D. ... an die Exped. d. Zeitung erbeten.

Karussell
in Betrieb zu sehen, ... Paul Förster. ...

Für unsere geehrten Abonnenten in Löbtau und Umgegend liegt der heutigen Auflage ein Prospekt des Schuhwarenhauses Freischütz, Löbtau, bei.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert Grötzsch, Dresden. Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Eichler, Dresden. Druck und Verlag: Kaden & Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080507/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 104. | Dresden, Donnerstag den 7. Mai 1908. | 19. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Umsatzsteueraussichten.

Am Mittwoch beschäftigte sich die Zweite Kammer des Land- wieder einmal mit dem Umsatzsteuerantrag der Konservativen, jetzt unter dem Namen Spieß und Genossen geht, seitdem Vater der Knebelungssteuer, der Roßweiner Bürgermeister er, nicht mehr in der Lage ist, den Polstersessel im Dreiklassen-tag drücken zu können. Diesmal handelte es sich um die ußberatung. Der Antrag war schon vor einigen Monaten enstand einer zweitägigen Debatte. Dabei erklärte die Re-rung durch den Grafen Hohenthal, sie wolle bei diesen andlungen lediglich den Zuhörer spielen und sich ndgültige Stellungnahme vorbehalten, bis sich gezeigt habe, sich die Erste Kammer zu dieser Frage verhalte. ch diese kurze Erklärung, so nichtssagend sie scheinbar auch wurde doch eine gewisse Bereitwilligkeit der Regierung an-ndigt, den bisherigen ablehnenden Standpunkt zur Umsatz-r aufzugeben und der Frage einer landesgesetzlichen Sonder-r für Großbetriebe im Detailhandel näherzutreten, wenn sich in der Ersten Kammer eine Mehrheit für den Antrag Spieß . Vorher hatte Graf Hohenthal auf dem Mittelstandstage Umsatzsteuerschwärmern durch eine „schöne Rede", in der er von Bedeutung des Mittelstandes allerhand vorbrachte, Hoffnungen t.

Nunmehr war den Konservativen alles daran gelegen, ihren rag recht bald so weit zu bringen, daß er der Ersten Kammer rbreitet werden konnte. Deshalb wurde er auch nicht der über-ten Gesetzgebungsdeputation überwiesen, sondern lediglich ein rent und Korreferent zur Vorbereitung des Antrags für die ußberatung ernannt. Der Konservative Dr. Schanz und Nationalliberale Müller wurden dazu ausersehen. Sie rten den Antrag etwas ab, strichen die Forderung nach Umsatzsteuer und setzten dafür nur das Verlangen nach Steuer für Warenhäuser, deren Zweiggeschäfte und ßbetriebe im Kleinhandel, also in erster Linie Konsumvereine; hzeitig wurde auch die anfangs geplante Steuerfreiheit landwirtschaftliche Genossenschaften etwas eingeschränkt. ießlich wurde der Antrag noch mit einer komisch wirkenden rabeigabe versehen, wonach die Sondersteuer so eingerichtet den sollte, daß sie nicht abgewälzt werden könnte. Sonst hatte der Antrag seinen bösartigen Charakter behalten. esondere war, wie aus dem Berichte des Abg. Dr. Schanz orging, der Verzicht auf das Wort Umsatzsteuer in dem An-e ohne größere Bedeutung. Man habe nur, so wurde erklärt, Regierung überlassen, die Steuerart zu bestimmen, fügte aber u, daß aber voraussichtlich keine andere als eine Umsatzsteuer Betracht kommen werde.

Die Verhandlung über den so geänderten Antrag gestaltete etwas weniger langstielig wie die bisherigen Umsatzsteuer-atten. Viel Neues wurde allerdings auch diesmal nicht gesagt. r der Pessimismus, der die früheren Reden der Konsum-instöter durchzog, war einer anderen Stimmung gewichen. n merkte es den Mittelstandsrettern an, daß sie Morgen-t witterten. Das ging besonders aus den Reden der servativen Spieß, Ulrich und Opitz hervor. Der zweite mer besonders betonte nachdrücklich, daß die Mittelständler h etwas anderes sehen wollten als ein freund-es Gesicht des Ministers, daß sie nun Taten erwarteten. spielte damit auf Hohenthals Rede in der Mittelstands-ammlung zu Dresden an. Bei alledem offenbarte sich doch diesen Auslassungen auch die Bereitwilligkeit, ihre Wünsche s einzuschränken, die Hauptsache sei, daß endlich einmal etwas de, daß nunmehr der erste Schritt zu einer landesgesetzlichen nderbesteuerung für Großbetriebe im Detailhandel getan werde. den ersten Schritt aber betrachteten sie den abgeänderten trag.

Zum Teil drehte sich die Debatte um das Chemnitzer satzsteuer-Regulativ. Es war auffällig, daß man er wieder darauf zurückkam. Nach dieser Sondersteuer, die einigen Bestimmungen des Chemnitzer Einkommensteuer-ulativs beruht, sollen die Warenhäuser und sonstigen Groß-riebe im Kleinhandel, also auch Konsumvereine, die weniger als Proz. des Umsatzes als Einkommen besteuern, zu einer be-deren Umsatzsteuer bis zu 1½ Proz. herangezogen werden, rend die Handelsbetriebe, die die 10 Prozent versteuern, von Sonderbelastung freibleiben. Abgeordneter Opitz spielte es Chemnitzer Regulativ gegen Abgeordneten Langhammer , der als Stadtverordneter dafür gestimmt hatte, gleichzeitig onte der konservative Hauptmacher, man könne sich für Sachsen m etwas Besseres wünschen als eine Umsatz-uer nach Chemnitzer Muster. Das alles und manches ere noch scheint die Vermutung zu rechtfertigen, daß auch die gierung bereit ist, nach dem Chemnitzer Vorbilde eine Umsatz-ervorlage auf landesgesetzlicher Grundlage auszuarbeiten. Zu r Erklärung der Regierung aber ist es nicht gekommen. weigend saßen Graf Hohenthal und Geheimrat Roscher auf en Plätzen und hörten zu.

Die Nationalliberalen boten bei diesem Umsatz-erianze ein Bild der Zerfahrenheit. Einer der ihrigen, der g. Müller, hatte als Mitberichterstatter den wichtigsten Teil Antrags, insbesondere die Warenhaussteuer gebilligt, für notwendig erklärt. Etwa ein halbes Dutzend aus der onalliberalen Fraktion stimmte ihm zu. Dagegen wandte sich Abg. Langhammer unter der Zustimmung des größten ls der Nationalliberalen gegen den ganzen Antrag. Diese rale Inkonsequenz wurde den Herren um Schill und Lang-mer vom Genossen Goldstein gebührend vorgehalten. der namentlichen Abstimmung trat die nationalliberale Zer-litterung noch deutlicher zutage. Das Gros der Fraktion stimmte Langhammer auch gegen die Warenhaussteuer, die übrigen mit Schill und Müller dafür. Dagegen stimmten die National-ralen geschlossen gegen den Punkt 3 des Antrags, in dem auch Besteuerung der Konsumvereine gefordert wurde.

Ein Zwischenspiel inszenierte der konservative Abg. Behrens, einen Antrag einbrachte, wonach die Genossenschaften, die nur Mitglieder verkaufen, also Konsumvereine, von der euer befreit sein sollen.

Der Antrag fand zwar die erforderliche Unterstützung, er wurde aber gegen die Stimmen der Nationalliberalen, der übrigen Linken sowie einiger Konservativer abgelehnt.

Nun wird der Antrag an die Erste Kammer gehen. Dort wird voraussichtlich Graf Hohenthal die Umsatzsteuer-Absichten der Regierung näher darlegen, oder auch nicht. Bisher hat ja Hohenthal in der Sache die Politik diplomatischen Hinauszögerns befolgt. Er hat aber auch gestern gehört, daß die Mittelständler bereits böse auf ihn werden. Da wird er sich schließlich doch beeilen, mit seinen Plänen herauszurücken.

Vom Gange des Wahlrechtshandels

glaubt das Dresdner Ratsblatt folgendes mitteilen zu können: Der von der sogenannten Neunerkommission der Zweiten Kammer vorbereitete Wahlrechtsvorschlag, von dem man hofft, daß er die Grundlage eines Kompromisses zwischen der Kammer und der Regierung werden könne, beruht auf einem einheitlichen Pluralwahlrecht. Die Zusatzstimmen sollen, wie verlautet, nicht über drei hinausgehen und zwar soll eine Zusatzstimme auf Seßhaftigkeit und Alter, dessen Grenze allerdings ziemlich hoch in Aussicht genommen ist, gelegt werden. Die zweite Zusatzstimme fällt der Selbständigkeit und Bildung zu, wobei beabsichtigt ist, aus dem Regierungsvorschlage die Bedingung des Einjährigen-Zeugnisses zu übernehmen. Nach diesem Paragraphen sollen auch Beamte von einem gewissen Einkommen ab als selbständig angesehen werden. Die dritte Zusatzstimme gilt dem höheren Einkommen. Die Wahlberechtigung bleibt wie bisher, nur soll die Bedingung zweijährigen Wohnens am Wahlorte gestellt werden. Das passive Wahlrecht wird an eine verlängerte Staatsangehörigkeit gebunden.

In bezug auf die Wahlkreiseinteilung wünscht man möglichste Anlehnung an die bisherige Entwicklung. Die Vorschläge sind bis jetzt völlig unverbindlich und unterliegen zurzeit, wie wir bereits mitgeteilt haben, der Beschlußfassung der Fraktionen. Die außerordentliche Deputation wird voraussichtlich nächste Woche zusammentreten, um dann erst über die neuen Regierungsvorschläge und im Anschluß daran über den Kompromißvorschlag der Parteien abzustimmen. Der letztere wird voraussichtlich gleichfalls mit einem Schlußberichte der Wahlrechtsdeputation der Kammer zur Schlußberatung überwiesen werden, so daß die Auseinandersetzung zwischen der Kammer und der Regierung über diesen Punkt in voller Oeffentlichkeit erfolgt.

Der erste Teil der Meldung bringt eigentlich nichts neues. Man erfährt daraus nur, daß man auf den bereits früher vereinbarten Abmachungen stehen geblieben und nichts neues hinzugekommen ist. Als sogenannte Reserven will man dem Grafen Hohenthal anscheinend das zweijährige Wohnen am Wahlorte für das passive Wahlrecht bieten. Die erstere Verschlechterung trifft besonders die Arbeiter. Ein großer Teil von ihnen wird dadurch einfach des Wahlrechts beraubt. Das ist umso empörender, weil die Arbeiter doch nicht zum Vergnügen den Wohnort wechseln, sondern weil sie im Kampfe um eine Existenz dazu gezwungen werden. Ganz besonders einschneidend aber würde die Verschlechtung für die in den Vororten größerer Städte wohnenden Arbeiter werden. Diese liegen oft dicht beisammen, oft kann man auch nicht unterscheiden, wo die Stadt aufhört und der Vorort anfängt. Unter solchen Umständen ist ein Wechsel des Wohnorts besonders häufig; es müssen daher nun hier auch besonders viel Arbeiter des Wahlrechts verlustig gehen. Es scheint, als wollte die konservative Mehrheit hier eine Gelegenheit benutzen, die ihr verhaßte Freizügigkeit einzuschränken.

Es ist aber noch sehr fraglich, ob die Regierung das oben skizzierte Produkt des Wahlrechtskuhhandels akzeptiert. Nach dem bisherigen Verhalten Hohenthals muß daran gezweifelt werden. Es kommt auch noch sehr viel auf die Haltung der Ersten Kammer an, ohne deren Zustimmung kein neues Wahlsystem Gesetz werden kann. Die Aussichten des Wahlrechtsschachers sind also noch recht unsicher. Vor allem aber ist zu betonen, daß ein auf den jetzigen Abmachungen aufgebautes Wahlsystem ein neues schlimmes Wahlunrecht wäre, das mit aller Entschiedenheit von uns bekämpft werden müßte.

Der Landesverein der sächsischen Freisinnigen hält seine Jahreshauptversammlung am 16. und 17. Mai in Chemnitz ab. Aus der Tagesordnung sei erwähnt: Besprechung der politischen Lage in Sachsen und der nächsten Landtagswahl; Freisinnige Fraktionsgemeinschaft und Blockpolitik im Reiche.

Werdau. Zu der hiesigen Bürgermeisteraffäre ist weiter mitzuteilen, daß jetzt auch der der Unterschlagung amtlicher Gelder bezichtigte Ratsbeamte seines Postens enthoben worden ist.

Zittau. Die Erhebung von Wegegeld für Kraftfahrzeuge ist den benachbarten Gemeinden Olbersdorf und Seifhennersdorf von den Ministerien der Finanzen und des Innern genehmigt worden. Für jedes Kraftfahrzeug (mit oder ohne Seitenanhänger) sind danach 10 Pf., für jedes sonstige Kraftfahrzeug zum Zwecke der Personenbeförderung 25 Pf. und zum Zwecke der Lastbeförderung 20 Pf. zu entrichten. Diese Wegegeld-Erhebung wird sofort in Kraft treten.

So wird das aufgehobene Chausseegeld auf Umwegen wieder eingeführt.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Zwei Lehrlinge eines Glasermeisters in Rochlitz hatten einen Revolver gekauft und spielten in ihrer Bodenkammer damit. Plötzlich vernahmen sie Schritte auf der Treppe, und in der Annahme, daß sie von ihrem Meister überrascht würden, suchten sie die Waffe schnell zu verbergen. In dem Moment öffnete sich auch bereits die Tür, die unglücklicherweise dahin gerichtete Waffe entlud sich und das Geschoß drang dem eintretenden zwölfjährigen Sohne des Lehrherrn in die Stirn. Der Knabe brach sofort zusammen. Der Zustand des Knaben ist nicht ungefährlich. — Ein schwerer Unglücksfall hat sich auf dem Bahnhof Plauen-Westend zugetragen. Beim Abladen von Langholz geriet der dabei mit tätige, auf den Stämmen stehende Schneidemüller Langheinrich mit dem linken Bein zwischen zwei der Langhölzer. Diese kamen ins Rutschen und stürzten vom Wagen, hierbei den mit dem Bein dazwischen eingeklemmten Mann mit herabreißend. Langheinrich erlitt bei dem Unfall einen komplizierten Bruch des linken Unterschenkels. — Ertrunken aufgefunden wurde im sogenannten großen Breitmühlenteiche bei Niederzwönitz der seit längerer Zeit vermißte etwa zwölfjährige Sohn des Restaurateurs S.; man nimmt an, daß der Knabe beim Rutenabschneiden abgerutscht und an der dort besonders tiefen Stelle des Teiches hineingefallen und so ertrunken ist.

Stadt-Chronik.

Ein Todes-Dauerlauf!

Vor dem Kriegsgericht kam gestern ein sehr schlimmer Fall von Mißhandlung Untergebener zur Verhandlung. Angeklagt war der Unteroffizier Max Artur Berthold vom Schützen-Regiment wegen Mißhandlung eines Untergebenen mit tödlichem Ausgange.

Die Affäre hat sich am 15. April d. J., einem sehr warmen Tage, auf den Schießständen in der Heide zugetragen. Berthold war früh mit einer 12 Mann starken Abteilung zum Schießen ausgerückt. Da die Resultate wenig befriedigend waren, befand sich der Herr Unteroffizier in sehr schlechter Stimmung. „Na, wartet, ihr sollt dran denken!" rief er den Soldaten beim Antreten zu. Dann kommandierte er Laufschritt und ließ, um den Weg zu verlängern, verschiedene Male Kehrt machen. Dadurch wurde der Unteroffizier auch der Mühe des Laufens enthoben. Bemerkt sei, daß sich die Abteilung auf dem Heimwege befand und der holperige Waldboden sich nicht gerade zu einem Dauerlauf eignete.

Man hatte die Hälfte des Weges noch nicht zurückgelegt, als sich ein ernster Zwischenfall ereignete. Der Schütze Bauer II konnte nicht weiter und taumelte, die Augen verdrehend, wie ein Trunkener umher. Kalter Schweiß stand ihm auf der Stirne, mit weit offenem Munde hielt er sich an seine Nebenmänner an. Kräftige Hände griffen sofort zu; man versuchte ihn zu führen und legte ihn dann, als alles vergeblich war, auf die Erde nieder. Es wurde aus der Kaserne ärztliche Hilfe requiriert. Ein Sanitäts-Unteroffizier war schnell zur Hand, erkannte das Bedenkliche des Falles und ordnete sofortige Ueberführung des Erkrankten mittels Wagens ins Lazarett an. Nachmittags gegen 2 Uhr langte der traurige Zug dort an. Leider erwies sich menschliche Hilfe als unzureichend, kurz nach der Einlieferung **verstarb** der bedauernswerte Soldat.

Für den Unteroffizier wurde die Sache nunmehr äußerst kritisch. Bis zur völligen Klarstellung und Austragung der Sache nahm man ihn vorläufig fest. Die Leiche des Verstorbenen wurde zur Feststellung der Todesursache seziert. Der mit der Untersuchung betraut gewesene Oberstabsarzt erklärte an Gerichtsstelle folgendes: Nach dem Befund hat der verstorbene Schütze Bauer an einer totalen Verwachsung des rechten Lungenflügels gelitten. Dadurch sei auch eine Vergrößerung des Herzens mit entsprechender Schwäche entstanden. Infolge der Verwachsung konnte der Herzfehler bei der Aushebung nicht bemerkt werden. (Die Verwachsung auch nicht?) Es sei fast mit Sicherheit anzunehmen, daß Bauer auch bei anderem angestrengten Dienst, z. B. größerer Felddienstübung, die normale Menschen spurlos überwinden würden, einen Herzschlag erlitten haben würde. (!) Allerdings sei durch die Anstrengung infolge des Laufschritts, zu dessen Anordnung der Angeklagte nicht befugt gewesen sei, auch eine Blutung im Gehirn eingetreten. In Verbindung mit dem Herzschlage habe dieser Bluterguß ins Gehirn den Tod des Soldaten herbeigeführt.

Der öffentliche Ankläger blieb auf dem Boden der Anklage stehen und detaillierte den Begriff der Mißhandlung. Der Unteroffizier habe zweifellos mit der Erteilung des Befehls zum Laufschritt seine Befugnis und seine Gewalt überschritten und den Untergebenen ein körperliches Unbehagen zugefügt. Schon in diesem Umstande sei der Begriff der Mißhandlung gegeben. Wenn man auch dem Angeklagten ein gewisses Mitgefühl infolge des von ihm nicht gewollten tragischen Endes Bauers nicht versagen könne (!), so trage er doch, wenn auch unbewußt und unbeabsichtigt, ein Teil Schuld an dem traurigen Geschick des Soldaten. Der Gerichtshof nahm mildernde Umstände in weitgehender Weise an und erkannte auf 1 Jahr und 1 Woche Gefängnis. Auf die Untersuchungshaft rechnete man 2 Wochen an. Gleichzeitig beschlossen die Richter, **ein Gnadengesuch** für den Angeklagten einzureichen. (!!)

Soweit der Prozeß. Wir fügen hinzu, daß uns bereits am 17. April Mitteilungen über den unerhörten Vorfall zugingen. Wir behielten ihn im Auge, und haben die Gerichtsverhandlung abgewartet, um zu sehen, was dabei herauskommen wird. Der Vorfall war von einigen tragischen Momenten umgeben, die vor dem Gericht offenbar nicht zur Sprache gekommen sind. Der zu Tode gehetzte Soldat starb in den Armen seines Bruders, der auch im Schützen-Regiment dient. Am Abend desselben Tages wollten beide Brüder auf Osterurlaub gehen, und sie freuten sich natürlich kindlich darauf. So mußten nun zu Ostern die Eltern zum Begräbnis ihres Sohnes nach Dresden kommen, statt die Söhne auf Urlaub im Hause begrüßen zu können. Weiter wird uns mitgeteilt, daß sofort nach dem Vorfall ein Oberleutnant die versammelte Mannschaft ermahnte, nichts Unnützes darüber zu sagen. Der Unteroffizier soll ein nervöser und jähzorniger Mensch, als solcher allgemein bekannt und wegen schlechter Behandlung Untergebener schon wiederholt bestraft sein.

Alles das muß man wissen, um das Urteil, seine Begründung, und besonders das in Aussicht gestellte Gnadengesuch recht würdigen zu können! Unglaublich ist der Gedankengang der Ausführungen des Vertreters der Klage, der seinem Mitgefühl Ausdruck gibt, weil der Unteroffizier den Tod des Soldaten ja „nicht gewollt" habe! Ja, ist es denn überhaupt denkbar, daß beim Militär Vorgesetzte ihre Untergebenen absichtlich zu Tode peinigen!? Ist denn nicht die entfernteste Möglichkeit dieses Gedankens unter allen Umständen gänzlich ausgeschlossen? — Im Grunde genommen macht die Tatsache, daß der Soldat herz- und lungenkrank war, den Fall ungeheuer schlimm! Der Unteroffizier hat davon freilich keine Kenntnis gehabt, daß Leute mit so schweren körperlichen Gebrechen aber überhaupt in den bunten Rock gesteckt, und dann derartigen ihr Leben gefährdenden Zufällen ausgesetzt sein können, das ist überaus bezeichnend! Das läßt allerlei bedenkliche Schlüsse in bezug auf das Aushebungsverfahren zu. Alles in allem zeigt auch dieser Fall bei näherem Hinsehen auf schwere organische und systematische Mängel des bestehenden Militärwesens.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080507/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Mittelstand und Umsatzsteuer.

Gestern hat der Landtag wieder einmal über die Umsatzsteuer verhandelt. Vorher hatte die Mittelstandsvereinigung eine zweite Petition für Umsatzsteuer eingegeben, in der in der tollsten Weise der Wirklichkeit Gewalt angetan wurde, um zu „beweisen", wie stark die Anhänger dieser Sondersteuer im Lande sind. Auf diesen Humbug antwortet nun ein Vorstandsmitglied des Industriellenverbands im Dresdner Anzeiger folgendes:

„Zeitungsberichten nach hat die Mittelstandsvereinigung für das Königreich Sachsen neuerdings eine Petition an Regierung und Landtag gerichtet, in der gebeten wird, noch in dieser Session die Umsatzsteuer durch Landesgesetz in Sachsen einzuführen. In dieser Eingabe wird auch ein Irrtum des Abgeordneten Langhammer „richtig gestellt", den dieser angeblich bei Beratung des Antrages Dr. Spieß und Genossen vorgetragen haben soll. Der Abgeordnete Langhammer bezog sich bekanntlich auf eine von dem Mittelstandsforscher Dr. Wernicke festgestellte Tatsache, daß nach genauen statistischen Erhebungen in Preußen etwa 3,4 Proz. der in Betracht kommenden Bevölkerungskreise an der Besteuerung der Großbetriebe im Detailhandel interessiert sind, während die Interessen von 96,6 Proz. gegen die Steuer sprechen. Nach Ansicht der Mittelstandsvereinigung sei nun aber gerade das Gegenteil der Fall, indem in Sachsen etwa 80 Proz. der ordnungsparteilichen Wählerschaft für die Umsatzsteuer eintreten. Bei dem Versuch, dies zu beweisen, wird jedoch den Tatsachen und statistischen Zahlen in einer Weise Gewalt getan, daß die Ausführungen, obwohl sie nicht den geringsten wissenschaftlichen Wert beanspruchen dürfen, nicht unwidersprochen bleiben können. Es wird behauptet, daß sämtliche Handwerker, Detaillisten, Landwirte und alle (!) Handlungsgehilfen, sowie kleinen Industriellen Interesse an der Besteuerung der Großbetriebe im Detailhandel hätten. Diese Kreise sollen dann 80 Proz. der ordnungsparteilichen Wählerschaft ausmachen. Das heißt denn doch die Tatsachen auf den Kopf stellen! Zunächst hat sich ein erheblicher Teil der Handlungsgehilfen gegen die Umsatzsteuer ausgesprochen, wie die Eingabe der Verbände deutscher Handlungsgehilfen, die dem Landtage vor wenigen Tagen zugegangen ist, beweist. Ferner dürfte es den Drahtziehern der Mittelstandsvereinigung nicht unbekannt sein, daß die große Zahl der Lehrer, Privatangestellten, Staats- und Gemeindebeamten aus eigenstem Interesse Gegner der Umsatzsteuer ist. Diese Kreise rechnet die Mittelstandsvereinigung scheinbar nicht zu den ordnungsparteilichen Wählern! Aber selbst die in der obengenannten Eingabe angeführten Mittelstandsschichten, insbesondere Landwirte und Handwerker, sind durchaus nicht in ihrer Gesamtheit für die Umsatzsteuer interessiert, da ja die Genossenschaften in Landwirtschaft und Handwerk dieselbe Wirkung haben wie die Warenhäuser und konsequenterweise auch der Steuer unterworfen werden müßten. Was dem einen recht ist, muß doch wohl dem andern billig sein, leider scheint man aber unter den Führern der Mittelstandsbewegung diese Binsenwahrheit nicht zu kennen oder nicht kennen zu wollen. Auch für die große Mehrzahl der Detaillisten- und Handwerkerladengeschäfte besteht kein vitales Interesse für Einführung der landesgesetzlichen Umsatzsteuer. Denn auf dem Lande, in kleinen Städten und in denjenigen Teilen und Straßen der Großstädte, die von Warenhäusern weit entfernt liegen, kann von einer „erdrückenden Konkurrenz" der Warenhäuser nicht die Rede sein. In ganz Sachsen gibt es kaum mehr als höchstens 10 bis 12 Warenhäuser. Die von der Mittelstandsvereinigung aufgestellten Zahlen, wonach ganze 230 943 Landtagswählerstimmen für die Umsatzsteuer sprächen, bedeuten demnach eine ganz willkürliche Zusammenstellung, die für die Höhe des wissenschaftlichen Standpunktes, auf dem die Leitung der Mittelstandsbewegung steht, recht bezeichnend ist."

Unfälle.

In der Altstadt trank ein Straßenkehrer versehentlich Karbolsäure, die sich in einer Bierflasche in der Nähe anderer mit Bier gefüllter Flaschen befand. Er brach bewußtlos zusammen und wurde auf ärztliche Anordnung in das Friedrichstädter Krankenhaus übergeführt. — Als am Montag auf dem Wiener Platze ein Arbeiter sich anschickte, aus einem Revolver die Patronen zu entfernen, entlud sich unvermutet die Waffe, wobei dem Mann die Kugel in die linke Hand drang. Der mittel-, arbeits- und wohnungslose Verwundete mußte in das Friedrichstädter Krankenhaus gebracht werden.

Lebensmüdes Ehepaar.

Montag nachmittag wurde in der Neustadt eine Arbeitersehefrau in ihrer Wohnung erhängt vorgefunden und polizeilich aufgehoben. Es liegt Selbstmord vor, begangen in einem Anfalle von Schwermut. Deren seit 2. d. M. vermißter, schwer erkrankter Ehemann hat in einem an demselben Tage an seine Ehefrau gerichteten Briefe erklärt, daß er wegen großer Schmerzen sein Leben enden würde. Der Vermißte ist 38 Jahre alt, 1,70 Meter groß, stark beleibt, hat grammeliertes Haar, blonden Schnurrbart und in der rechten Fußsohle ein 1 Zentimeter tiefes Loch. Nachrichten über ihn sind an die Königl. Polizeidirektion zu richten.

Arbeiterrisiko.

Bei einem Schleusenbau auf der Herbertstraße ereignete sich ein Unfall, der leicht ernste Folgen nach sich ziehen konnte. Die Arbeiter hatten das Erdreich an der Unfallstelle etwa zwei Meter tief ausgegraben und zwei von ihnen waren eben im Begriff, auf dem Boden der Grube weiter zu arbeiten, als sich plötzlich die eine Seitenwand lockerte und einstürzte. Durch die hereinbrechenden Erdmassen wurde einer der Arbeiter bis zum Oberkörper verschüttet, während der andere sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen konnte. Den Bemühungen der Umstehenden gelang es alsbald, den Verschütteten aus seiner gefährlichen Lage zu befreien, worauf er in einem inzwischen herbeigerufenen Unfallwagen ins Krankenhaus geschafft wurde. Aeußere Verletzungen waren an dem Manne nicht sichtbar; er klagte nur über Schmerzen im Beine. Es scheint an den nötigen Sicherheitsmaßregeln gefehlt zu haben.

Kaufmannsgericht.

120 M. Gehalt und Gehaltsentschädigung fordert von der Firma F. E. Krüger die Verkäuferin Krentschmer. Die Klägerin war krank und wurde entlassen, weil sie sich nach ihrer Gesundung nicht sofort wieder zur Verfügung stellte. Nach Ansicht des Gerichts hat ihre Entschädigungsforderung keine Aussicht auf Erfolg, doch gelingt es ihm, den Beklagten zur Zahlung der Hälfte der geforderten Entschädigung bereit zu stimmen. Da der Vertreter der Klägerin unklugerweise den Vergleich ablehnt, muß er mit seiner Entschädigungsklage abgewiesen werden; 68 M. Gehalt werden ausbezahlt.

Hornochse, Schwein und dummes Luder wurde der Buchhalter Fischer von dem Inhaber der Firma Große Nachf. genannt und außerdem des Betrugs bezichtigt. Das gab dem Buchhalter Veranlassung, seine Stellung sofort aufzugeben und wegen 300 M. Gehaltsentschädigung zu klagen, wobei er sich weitere Ansprüche in Höhe von 150 M. vorbehielt. Der Vorwurf des Betrugs war gänzlich ungerechtfertigt und wird vom Beklagten auch bestritten. Die Beleidigungen gibt er zum Teil zu und meint, er habe es nicht so bös gemeint. Vergleichsweise gibt sich der Kläger mit 300 M. zufrieden. (Vorsitzender: Gewerberichter Dr. Hänzsche. Prinzipalsbeisitzer: Holzhändler Gerke und Kaufmann Ludwig. Angestelltenbeisitzer: Bankbeamter Arnold und Buchhalter Zerbe.)

Aus der Umgebung.

Deuben. Die gemeinsame Ortskrankenkasse Deuben hielt am Dienstag ihre 27. ordentliche Generalversammlung im Bergkeller ab, die von 35 Vertretern der Arbeiter und sechs Vertretern der Arbeitgeber besucht war. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten nahm man den schon an dieser Stelle veröffentlichten Geschäftsbericht entgegen. Die Prüfungskommission konnte berichten, alles in bester Ordnung vorgefunden zu haben und beantragte Entlastung, was einstimmig geschah. Auf Antrag des Vorstandes beschloß man einstimmig, die Mahngebühr, die bisher in allen Fällen 10 Pf. betrug, staffelförmig festzusetzen. Hierauf entspann sich eine sehr lebhafte Debatte über die in voriger Generalversammlung erfolgte Aerztewahl, wobei der bisherige Kassenarzt Dr. Leibkind nicht wiedergewählt wurde. Mitte März erschien nun in dem in Leipzig erscheinenden Aerztlichen Korrespondenzblatt eine Notiz aus Döhlen, in der die Nichtwiederwahl Dr. Leibkinds mit dem bekannten Aerztestreik in der Betriebskrankenkasse der Sächsischen Gußstahlfabrik in Verbindung gebracht wird und als Maßregelung auf Betreiben des Kassenvorstandes erfolgt sei. Der Kassenvorstand nahm auf Grund dieser Beschuldigung Rücksprache mit Herrn Dr. Leibkind, der erklärte, keine Veranlassung zu dieser Notiz gegeben zu haben — im übrigen sei ihm dadurch ein sehr schlechter Dienst erwiesen worden. (!) Ferner erklärte sich Herr Dr. L. bereit, mit dem Obmann des hiesigen Aerztebezirks, Herrn Dr. Goldammer-Potschappel, eine Erklärung an obiges Blatt zu senden, in der der Vorwurf als nicht der Wahrheit entsprechend zurückgewiesen wurde. Nicht der Vorstand, sondern die Generalversammlung nimmt die Wahl der Kassenärzte vor. Wohl erschien nun in nächster Nummer des Aerztlichen Korrespondenzblattes diese Erklärung, jedoch mit folgendem redaktionellen Anhang: Es sei gleich, ob der Vorstand oder die Generalversammlung Dr. Leibkind nicht wiedergewählt habe. Beide seien Verwaltungskörper der Kasse und durch die „Maßregelung" hätte die Kasse einen „Mißbrauch des Selbstverwaltungsrechts" begangen. — Die Versammlung sprach sich ganz entschieden gegen die Vorwürfe aus und würde keine Notiz weiter davon nehmen, wenn nicht die Befürchtung bestände, daß der Fall von den Lügenverbändlern oder den ausgesprochenen Feinden des Selbstverwaltungsrechts gegen die Kassen ausgeschlachtet würde. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen und an genanntes Blatt zur Aufnahme geschickt:

„Die Generalversammlung verwahrt sich energisch gegen den Vorwurf des ärztlichen Korrespondenzblatts, Herrn Dr. Leibkind durch seine Nichtwiederwahl als Kassenarzt wegen seiner Beteiligung an dem Streik bei der Betriebskrankenkasse in Döhlen gemaßregelt zu haben. Die Generalversammlung hat einfach von ihrem seitherigen Rechte der Wahl Gebrauch gemacht. Deshalb kann auch gar keine Rede davon sein, das Selbstverwaltungsrecht mißbraucht zu haben."

Döhlen. Morgen Freitag, abends 8 Uhr, findet in Angermanns Gasthof öffentliche Gemeinderatssitzung statt.

Lausa-Weixdorf. Auf der Königsbrücker Straße stürzte am Montag infolge Bruchs der Lenkstange ein Radfahrer kopfüber vom Rade. Man trug den Besinnungslosen in ein Haus. Später kehrte unter ärztlicher Behandlung das Bewußtsein wieder.

Rochwitz. Freitag den 8. Mai, abends 8 Uhr, findet im Saale des Restaurants Kamerun, Neu-Rochwitz, öffentliche Gemeinderatssitzung statt.

Wachwitz. Vermißt wird seit Montag früh der zurzeit beim 1. Grenadierregiment Nr. 100 zu einer Uebung eingezogene Reservist Steinmetzgehilfe K. von hier. K. war am Sonntag mit Nachzeichen beurlaubt, hat am genannten Tage nachmittags seine elterliche Wohnung hier verlassen, ist aber zu seinem Truppenteile nicht zurückgekehrt. Da man unterhalb der hiesigen Dampfschiffslandungsbrücke das Seitengewehr mit Koppel, die Dienstmütze, sowie einen an seine Mutter gerichteten Brief, in welchem er mitteilt, daß er wegen eines Vergehens sich das Leben nehmen wolle, aufgefunden hat, wird vermutet, daß er in die Elbe gegangen ist.

Heidenau. Zu dem Bericht über den Unglücksfall wird uns von Herrn Buch berichtet, daß er am genannten Unglückstage verreist und somit nicht in der Lage war, bei dem Unglück zugegen zu sein. Er hat auch den betreffenden Arbeitern verboten, Böcke unter die Leiter zu stellen, sondern eine längere zu nehmen, und befohlen, dieselbe anzubinden.

Versammlungskalender für Freitag.

Arbeiter-Schwimmverein. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Volkshaus.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Abends 8½ Uhr Versammlung im Volkshaus.

Dresden-Altstadt. Abends 9 Uhr Volksversammlung im Kristallpalast.

Gerichtszeitung.

Schöffengericht.

Verfehlte Spekulation auf die Dummheit anderer. Der 32jährige Buchhalter Karl Wilhelm Ruschweih aus Rudolstadt und Josefa Lange aus Reichenberg i. B. schickten an Dresdner und auswärtige Einwohner Prospekte, in denen sie sich erboten, den Adressaten gegen Einsendung von 2,50 M. Auskunft über ihre Glückstage und -stunden, über ihre Lebensdauer und über die zu erwartenden Krankheiten geben zu wollen. Den Bestellern schickten sie sodann ein Horoskop, mit dessen Hilfe die Empfänger selbst in ihre Zukunft blicken könnten. Der eigentliche Prophet war Ruschweih. Lange besorgte nur zum größten Teile die schriftlichen Arbeiten. Der „Prophet" scheint von seinem System selbst fest überzeugt zu sein. Nach seinen Angaben beschäftigt er sich schon seit Jahren mit Graphologie und Astrologie. Er hat fast alles auf diesem Gebiete gelesen und sich ein reiches „Wissen" angeeignet. Sein System, das er für 70 M. im Jahre 1905 als Manuskript in Amsterdam erworben hat, beruht auf der Graphologie und Astrologie. Einen Vermögensvorteil habe er sich nicht verschafft, denn die 2,50 M. seien lediglich ein bescheidenes Aequivalent für die viele Arbeit, die eine Korrespondenz mit einem Interessenten koste. Bisher hat er nur zwei Abnehmer gefunden, die sich nicht als geschädigt betrachten, weil sie die Sache als Scherz aufgefaßt haben. Die Verhandlung fand bereits vor mehreren Wochen statt und wurde vertagt, weil sich das Gericht der Mühe unterziehen wollte, die „wissenschaftlichen" Grundlagen zu prüfen. Das Ergebnis dieser Prüfung war die Ueberzeugung, daß die Angeklagten in einzelnen Punkten mehr angepriesen haben, als sie zu halten imstande sind. Wegen versuchten Betrugs werden die Zukunftspropheten deshalb zu je 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Kindermißhandlung. Der Arbeiter Ernst Max Feilenberg, in Kötzschenbroda wohnhaft, heiratete 1906 eine Frau, die das Opfer eines Heiratsschwindlers war. Dieser war selbst Vater von 3 Kindern und lebte in so ärmlichen Verhältnissen, daß er keine Alimente für das Kind der von ihm Betrogenen zahlen konnte. Die ganze Unterhaltspflicht lag nun der Mutter ob und dieser wurde deswegen eine Armenunterstützung gewährt. Diese Armenunterstützung wurde aber seitens der Nachbarn auf das Konto ihres Ehemannes F. gesetzt. Durch das Gerede der Leute wurde Feilenberg sehr verärgert, denn er setzte seinen Stolz darein, seine Familie selbst zu ernähren. Seine verärgerte Stimmung entlud sich nun auf das über zwei Jahre alte Kind. Als am 28. Februar abends seine Frau auf die Arbeitsuche ging und er bei den Kindern blieb, beschmutzte das Kind das Bett. Das gab ihm Veranlassung, das Kind im Jähzorn unmenschlich zu schlagen. Die Nachbarn führten es dem Gemeindevorstand zu. Nach dem ärztlichen Gutachten wies es 30 Striemen auf. Das Gericht erkennt auf zehn Wochen Gefängnis.

Heilmittelschwindel. In den Dresdner Nachrichten inserierte der Pferdehändler und -schlächter Karl Zubeil in Berlin seine „präparierte Roßmarkeinreibung und Roßmarkpomade". Die Roßmarkeinreibung — kündigte das Inserat in tönenden Worten an — helfe gegen eine ganze Anzahl von Krankheiten. Roßmark allein sei wertlos, aber in der von ihm in den Handel gebrachten Verbindung mit heilkräftigen Kräutern sei es sehr wertvoll. Auf Grund der Ministerialverordnung (die Ausübung der Heilkunde betreffend) erhielt er eine Strafverfügung über 50 M. Er beantragte richterliche Entscheidung mit der schriftlichen Begründung, sein Roßmark sei rein und ohne jeden Zusatz. Es falle daher gar nicht unter die Ministerialverordnung. Der Sachverständige, Direktor des chemischen Untersuchungsamtes der Stadt Dresden, Dr. Beythien, bestätigt diese Angaben, und ein weiterer Sachverständiger, Dr. Nowack, stellt fest, der einzige Vorzug des Roßmarks sei der, daß es die Haut fettig mache. Mit Rücksicht auf die Unverfrorenheit des Roßhändlers erhöht das Gericht die Strafe auf das höchstzulässige Maß von 150 M.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Lokales.

Zur Aussperrung in den Mühlen und Brotfabriken werden wir ersucht, mitzuteilen: Die Drohung der sächsischen Mühlen-Industriellen, die in Dresden und Umgegend vorgehen solle, wenn die Arbeit in der König-Friedrich-August-Mühle bis gestern mittag 12 Uhr nicht aufgenommen würde, ist nun in die Tat umgesetzt worden. Ein genaues Bild des Umfanges der erfolgten Stillegung läßt sich aber noch nicht geben bei der räumlichen Ausdehnung des in Frage kommenden Gebiets. Das eine steht aber schon heute fest: Nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, haben sich die Unternehmer dazu entschlossen, weil sie sich bei Konventionalstrafe dem Arbeitgeberschutzverbande gegenüber verpflichtet haben. Es ist sicher, daß mancher mit sehr gemischten Gefühlen an die Sache herangegangen ist. Die erfolgte Aussperrung, soweit sich ein Bild davon zurzeit geben läßt, ist nur eine teilweise. Es haben ausgesperrt die Firma Wilhelm in Striesen, Huttenstraße, ihre sämtlichen Bäcker; die Firma Däumichen in Dobritz hingegen nur 4, dort arbeiten 6 Mann weiter, bei der Mühle in Bratschwitz, Firma He[...], wurde dem Personal auf 14 Tage gekündigt; in Hinter[...] wurde auf 3 Tage gekündigt; in der Saxoniamühle, in der erst dieser Tage der Streik beigelegt war, wurden nur die Bäcker ausgesperrt, wohingegen die Kutscher und Müller weiter arbeiten sollen. In der Hof- und Bäckermühle zu Dresden, Firma Bie[...], sollen die Leute zunächst mit Nebenarbeiten beschäftigt werden; ein gleiches ist bei der Firma Eger in Deuben der Fall, bei der Hofmühle in Potschappel ist den Leuten die Fortbezahlung des Lohnes zugesichert worden. Die Organisationsvertreter der einzelnen in Frage kommenden Verbände haben nun beschlossen, in den Betrieben, in denen nur eine teilweise Entlassung erfolgt ist, auch die anderen Leute sofort herauszunehmen; ein gleiches wird in den Betrieben erfolgen, in denen von den Leuten Streikarbeit verlangt werden sollte. Auch dort haben diese sofort die Betriebe zu verlassen. Erst heute im Laufe des Tages wird es sich zeigen, welchen Umfang der Kampf anzunehmen droht, und danach wird auch von den Organisationen dann gehandelt werden. Das ist sicher: Ueberall, wo von den Unternehmern stillgelegt wird, werden die Organisationen die Antwort nicht schuldig bleiben.

An die Bevölkerung von Dresden und Umgegend richten wir aber nach wie vor das Ersuchen, alle die Betriebe genügend zu würdigen, die ihre Leute ausgesperrt haben. Man wende insbesondere der Firma Gebrüder Braune, bei der sich die Leute noch einmütig wie vorher im Streik befinden, die nötige Beachtung schenken, bis sie sich eines besseren besonnen hat und geneigter geworden ist, den Konflikt aus der Welt zu schaffen. Alle etwaigen Anfragen der Bevölkerung, die auf den Kampf Bezug haben, werden von der unterzeichneten Adresse bereitwilligst beantwortet werden; dieselbe lautet: Bäckerverband Dresden-A., Liliengasse 12, I, Telephon Nr. 10 183, Amt I.

Achtung, Zimmerer!

Die Firma Robert Berndt Söhne in Dresden ist auf ihren Arbeitsstellen: Eisenbahnbau Triebischthal bei Meißen und Straßenbrückenbau Seidau bei Bautzen gesperrt, weil sie die mit den dortigen Arbeitgebern vereinbarten Bedingungen in bezug auf Arbeitszeit und Ueberstundenzuschläge nicht einhält. In Bautzen weigert sie sich sogar den ortsüblichen Lohn zu zahlen. Wir ersuchen dringend, Arbeitsangebote dieser Firma solange nicht anzunehmen, bis die Bekanntmachung erfolgt ist, daß die Differenzen beigelegt sind. Obige Firma gehört zu den großen Tiefbauunternehmungen, die den Arbeitern das Mitrederecht bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen noch immer verweigern und die eine Arbeitszeit von 11 Stunden und länger dauernd aufrecht erhalten wollen.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Der Schuhmacherstreik in Dresden beendet.

Die Dresdner Schuhmachergehilfen beschlossen gestern in einer gutbesuchten Versammlung, den von der Lohnkommission und der Verbandsleitung sowie den Arbeitgebervertretern ausgearbeiteten Tarif, der eine Lohnaufbesserung in allen Lohnklassen von 8 bis 10 Proz. erfahren hat, anzunehmen. Der Minimalstundenlohn wird dadurch von 35 auf 40 Pf. erhöht, der Minimalwochenlohn von 18 auf 20 M. Auch die Arbeitgebervereinigung beschloß in ihrer Versammlung, den Tarif anzuerkennen. Der Wiederaufnahme der Arbeit steht nunmehr nichts mehr im Wege.

Aus der Umgebung.

„Bergmann und Maurer".

Unter dieser Ueberschrift brachten wir in Nr. 96 unserer Zeitung eine Notiz, wozu uns der Herr Böhme in Unterweißig bei Deuben mitteilt, daß er zugeben muß, einen Bergarbeiter halbe Tage beschäftigt zu haben. Es wäre ihm aber nicht „möglich gewesen, an dessen Stelle einen Maurer ständig zu beschäftigen". Herr Böhme bestreitet aber, daß die bei ihm beschäftigten Maurer bei ihm vorstellig geworden seien. Auch bestreitet er, den Ausdruck: „Wem's nicht paßt, kann gehen" [...]. Er nennt ihn einen brutalen Ausdruck.

Inland.

Die unsaubern Hirsche.

Einen komischen Nasenstüber haben sich die Hirsch-Dunckerschen in Posen bei den Vorbereitungen zur demnächst stattfindenden Gewerbegerichtswahl geholt. Ihre Liste wurde nämlich von dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts zurückgewiesen, weil dieselbe den Anforderungen des § 10 nicht entsprache. Der erwähnte Paragraph behandelt nämlich die Sauberkeit der Listen. Abgesehen davon, daß sie schmutzig war, wurde dieselbe auch noch zwei Tage zu spät eingereicht. Aus ähnlichen Gründen wurde auch die Liste der Christlichen zurückgewiesen. Nur die Liste der freien Gewerkschaften und die der Polen steht jetzt zur Wahl. Die Hirsche beschlossen nun aus Wut über diese Blamage Stimmenthaltung bei der Wahl.

Aussperrung im Baugewerbe in Breslau.

Die organisierten Maurer Breslaus haben, wie wir schon gestern kurz meldeten, den Berliner Schiedsspruch abgelehnt. Gestern hat nun der Verband des Breslauer Arbeitgeberbundes beschlossen, einer für Freitag einzuberufenden Generalversammlung für nächsten Montag die Aussperrung aller organisierten Maurer zu empfehlen, falls bis dahin nicht die Annahme des Schiedsspruchs erfolgt ist.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080507/6
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 104. Dresden, Donnerstag den 7. Mai 1908. 19. Jahrgang.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

107. Sitzung vom 6. Mai 1908.

(Fortsetzung.)

Abg. Behrens (kons.) hat keine Bedenken gegen den Antrag. Die Warenhäuser hätten kulturelle Werte noch nie erzeugt, aber viel Schaden angerichtet. Er sei daher in erster Linie für eine Warenhaussteuer. Dagegen könne er sich mit einer Besteuerung der Konsumvereine nicht einverstanden erklären. Er müsse beantragen, sie in derselben Weise von der Steuer zu befreien wie die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Er halte allerdings die Konsumvereine heute für überflüssig; es lasse sich aber doch nicht leugnen, daß diese Vereinigungen viel Gutes geschaffen haben. Es ist ein Irrtum, wenn die Mitglieder glauben, in den Konsumvereinen billiger zu kaufen, aber sie haben die kleinen Leute zum Bareinkauf erzogen. Ich bin mir darüber klar, daß die Konsumvereine dem Mittelstande Schaden zufügen; jedes gerechte Mittel zur Beseitigung der Konsumvereine würde ich mit Freuden begrüßen. Die Sondersteuer kann ich jedoch nicht als ein solches Mittel ansehen. Man würde durch eine Besteuerung der Konsumvereine von neuem Erbitterung hervorrufen. Es ist eine Kleinigkeit, den Massen klar zu machen, daß es ein Unrecht ist, ihre Genossenschaften zu besteuern. Man kann die Konsumvereine nicht unter die kapitalistischen Großbetriebe einreihen. Das sind sie nicht. Deshalb kann ich eine Belastung der Konsumvereine durch eine Umsatzsteuer nicht gutheißen.

Abg. Bär (freis.): Er werde mit seinen politischen Freunden auch gegen den neuen Antrag stimmen, besonders mit Rücksicht auf die zahlreich eingegangenen Petitionen, die nachweisen, daß die Steuer auf Lieferanten abgewälzt wird.

Abg. Opitz (kons.): Durch die Warenhäuser würde ein starker Druck auch auf die Fabrikantenkreise ausgeübt. Deshalb hätte man erwarten sollen, daß die Fabrikantenkreise die Warenhaussteuer mit fördern helfen würden. Es lasse sich nicht leugnen, daß die Warenhäuser großen Schaden angerichtet. Deshalb müsse man auch Mittel und Wege suchen, dem Uebelstande zu steuern. Man hat dagegen eingewendet, es sei das ein Eingriff in das freie Spiel der Kräfte. Es ist aber die Aufgabe des Staates, ein geordnetes Zusammenleben zu ermöglichen. Auch der Liberalismus hat sich zu diesem Standpunkte bekehrt, wie die Schutzzollbestrebungen der liberalen Parteien beweisen. Was aber den Mittelstand betrifft, so befindet er sich heute in einer Bedrängnis, der er erliegen muß, wenn ihm nicht geholfen wird. Der Abg. Langhammer habe sich zwar gegen jede Umsatzsteuer ausgesprochen. In seiner Vaterstadt Chemnitz hat er aber dafür gestimmt. Dort besteht ein Umsatzsteuerregulativ, das unter der Zustimmung des Abg. Langhammer eingeführt worden ist. Dort müssen alle Großbetriebe im Kleinhandel mindestens 10 Proz. des Umsatzes als Einkommen versteuern, andernfalls müssen sie Umsatzsteuer leisten. Das ist eine Steuer, wie wir sie uns für Sachsen nur wünschen können. Wir stehen jetzt insofern unter allen deutschen Staaten allein, als wir den Bedürfnissen des Mittelstandes nach einer Sondersteuer gegen die Großgeschäfte im Kleinhandel nicht nachgekommen sind. Der vorliegende Antrag befriedigt uns ja nicht ganz, aber es kommt vor allem darauf an, daß endlich der erste Schritt in der Sache getan wird. Den Abg. Behrens ersuche ich, seinen Antrag heute zurückzuziehen. Seine Bedenken kann er noch immer geltend machen, wenn eine Vorlage erschienen ist. Der Regierung müsse er aber nahe legen, die Angelegenheit wohlwollend zu erwägen, sobald eine Mehrheit für den Antrag in beiden Kammern zustande komme.

Der Antrag Behrens, in Punkt 3 einzufügen, daß Genossenschaften, die nur an ihre Mitglieder verkaufen, von der Steuer befreit sind, wird genügend unterstützt.

Abg. Seetzen (kons.): Er werde dem Antrage zustimmen, halte sich dadurch aber nicht in allen Punkten daran gebunden.

Abg. Goldstein (Soz.): Mir erscheint es merkwürdig, wenn gerade jetzt, wo wir so viel zu tun haben, dieser Antrag verabschiedet werden soll. Hier steckt offenbar etwas dahinter. Es handelt sich offenbar hier darum, etwas in Beruhigungspolitik zu machen. Wahrscheinlich spielt hier auch die Wahlrechtsfrage herein. Man bezweckt wohl damit auch einen Stimmenfang bei künftigen Wahlen. Den Teil des Antrages unter 1 kann ich nicht für eine Verbesserung halten. Wenn man eine Begriffsbestimmung der Warenhäuser für erforderlich hält, hätte man die Sache nicht der Regierung überlassen sollen. In dem Absatze unter 3 hat man die deutsche Sprache in einer Weise vergewaltigt, daß wir dagegen protestieren sollten. Die Antragsteller geben der Regierung viel Unbestimmtheiten auf den Weg und riskieren dadurch, daß etwas ganz anderes herauskommt, als was sie erzielen wollen. Vor allem ist gar nicht in dem Antrage gesagt, welche Art Steuer eingeführt werden soll, sie soll nur so beschaffen sein, daß sie nicht abgewälzt werden kann. Wie aber soll sie aussehen. Das müßte doch angegeben werden. Ich bin der Ansicht, daß Sie die Abwälzung nicht verhüten können. Sicher ist, daß der Satz über die Abwälzung gar keinen Zweck hat. Interessant ist, wie die Herren beim Punkt 3 auseinander gekommen sind. Da scheint dem Abg. Müller der Gedanke gekommen zu sein: du bist eigentlich ein Liberaler und mußt hier abschwenken. (Heiterkeit.) Ich muß den Liberalen sagen, daß sie inkonsequent sind. (Zuruf.) Aber man weiß ja bei Ihnen nicht, woran man ist. Sie zerfallen in eine linke und eine rechte Hälfte und Herr Müller steht allein in der Mitte. (Heiterkeit.) Jetzt wollen Sie, wenigstens Herr Müller, die Warenhäuser der Sonderbesteuerung ausliefern. Da werden Sie aber wohl auf die Gefolgschaft von dieser Seite in Zukunft verzichten müssen. Der Abg. Opitz hat betont, daß in das freie Spiel der Kräfte schon oft eingegriffen worden ist. Er hat auf die Arbeiterschutzgesetze hingewiesen. Es ist aber doch ein großer Unterschied zwischen den sozialpolitischen Gesetzen und einer Sondersteuer. Sie wollen hier eine Gelegenheitsgesetzgebung machen. Das ist das Verkehrteste, was man tun kann. Ein Gelegenheitsgesetz wollen Sie schaffen, wie man das 1896 mit dem Dreiklassenwahlgesetz getan hat. Der Abg. Opitz hat allerdings gesagt, es handele sich hier um den ersten Schritt, aber es ist ein Schritt, der zu einem Eingriffe in die Gewerbefreiheit führen soll. Es ist sehr unrecht, wenn die Mittelstandsvereinigung behauptet, es hätten sich in Sachsen 231 000 Wähler für die Umsatzsteuer ausgesprochen. Die Herren rechnen wohl die konservativen Stimmen zusammen und erklären sie für Stimmen für die Umsatzsteuer. Sie (zu den Konservativen) sind wohl oft gewählt wegen eines Eisenbähnchens, aber doch nicht wegen der Umsatzsteuer. Ich erinnere auch daran, daß sich auch viele bürgerliche Vereine, darunter Militärvereine, gegen die Umsatzsteuer durch Petitionen gewandt haben. Jedenfalls ist es mit ihrer Behauptung, daß hinter ihnen die Konsumenten stünden, nichts. Es haben nach den Feststellungen nur 3,4 Proz. der Bevölkerung ein Interesse an dieser Sondersteuer, also eine geringfügige Minderheit. Es ist von den Schäden durch die Warenhäuser gesprochen worden, aber weit verheerender ist doch die Zollpolitik, die uns die Liberalen ja mit beschert haben. Diese verheerende Wirkung aber wird sich fortsetzen. Diese Schäden sind viel größer, als sie je durch Warenhäuser angerichtet werden können, wenn man davon überhaupt reden kann. Was haben die kleinen Geschäftsleute von der Umsatzsteuer. Die Gemeindekassen mögen dadurch mit gefüllt werden. Was haben aber davon die kleinen Geschäftsleute? Ich bin der Ansicht, daß die wirtschaftliche Entwicklung nicht aufgehalten werden kann, mögen Sie unternehmen, wie Sie wollen. Man will die Konsumvereine und Warenhäuser beschränken. Dabei bleibt von der ganzen sozialpolitischen Seite der Sache nichts weiter übrig als der gelbe herzzerfressende Neid. Das ist eine so kleinliche und brutale Politik, die zudem keinerlei Wirkung haben kann.

Abg. Zimmermann (Antis.): Wenn man die schädliche Einwirkung solcher Großbetriebe wie des Görlitzer Wareneinkaufsvereins beobachte, müsse man alle Bedenken gegen den vorliegenden Antrag zurückstellen, damit nur bald etwas zustande komme. Es ist gesagt worden, wenn die Steuer wirke, führe sie zu einer Erdrosselung der Großbetriebe. Da müsse er fragen, ob es besser sei, wenn eine große Zahl Kleinbetriebe von den großen erdrosselt würde. Es ist auf die Petitionen hingewiesen worden, die gegen die Umsatzsteuer eingegangen sind. Die sind aber zum Teil von Leuten inszeniert worden, die im Auftrage Berliner Warenhäuser tätig waren. Das ist mir unter anderem aus Leipzig berichtet worden. Daß der Abg. Goldstein gegen die Umsatzsteuer ist, liegt daran, daß die Warenhäuser der Sozialdemokratie durch Aufreibung des Mittelstandes vorarbeiten. Er wolle sich auf das Wenige beschränken. Der Regierung aber lege er nahe, endlich einmal Ernst zu machen. Es sei höchste Zeit, daß dem Mittelstande geholfen werde.

Es folgen einige persönliche Bemerkungen.

Abg. Müller (Mitberichterstatter): Er wolle nur dem Abg. Goldstein dafür danken, daß er ihm gesagt habe, welche Stellung ein liberaler Mann einnehmen müsse. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Schanz (Schlußwort): Dem Abg. Behrens wolle er sagen, daß auch die Konsumvereine großkapitalistische Unternehmungen seien. Er ersucht um Annahme des Antrags.

Auf Antrag von konservativer Seite erfolgt die Abstimmung namentlich. Teil 1, 4 und 2 werden mit 50 gegen 18 Stimmen angenommen. Der Antrag Behrens, Befreiung der Konsumvereine von der Sondersteuer betreffend, wurde gegen die Stimmen der Nationalliberalen, die geschlossen dafür sitzen blieben, und der übrigen Linken sowie einiger konservativer Stimmen abgelehnt. Schließlich wurde Ziffer 3 des Antrags mit 42 gegen 26 Stimmen angenommen. Für die ersten Teile des Antrags stimmten bei der ersten namentlichen Abstimmung auch einige Nationalliberale, während drei Konservative dagegen votierten; für den Teil 3 des Antrags stimmten mit drei Ausnahmen geschlossen die Konservativen, während alle Nationalliberalen sich dagegen wandten.

Nächste Sitzung Donnerstag, 10 Uhr. Tagesordnung: Petition für Einführung des biologischen Unterrichts in den höheren Schulen.

Deutscher Reichstag.

151. Sitzung. Mittwoch den 6. Mai 1908. 11 Uhr.

Am Bundesratstische: Niemand.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Eickhoff (freis. Volksp.) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Abg. Gröber (Zentr.) beantragt 1. eidliche Vernehmung des Generalmajors Keim und des Unterstaatssekretärs v. Loebell über die Ueberschwemmung des Wahlkreises Lennep-Mettmann mit im Kolonialamt hergestellten Schriften; 2. Aussetzung der Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl bis zur Erledigung dieser Beweiserhebung.

Die Abgg. **Albrecht** und Gen. (Soz.) beantragen einen Zusatz zum Antrag Gröber, wonach der Generalmajor Keim auch darüber vernommen werden soll, was ihn veranlaßt habe, in seinem Briefe vom 7. Januar 1907 positiv zu erklären, daß die amtliche Unterstützung der Wahl Eickhoffs in jeder Weise sichergestellt sei.

Abg. Gröber (Zentr.) befürwortet seinen Antrag und akzeptiert auch den Antrag Albrecht.

Abg. Müller-Iserlohn (freis. Volksp.) bestreitet, daß eine amtliche Wahlbeeinflussung vorliege und daß die genannte Stelle in dem Keimbriefe als eine solche aufzufassen sei.

Abg. Raab (wirtsch. Vereinig.) spricht sich gegen den ersten, aber für den zweiten Teil des Antrages Gröber und für den Antrag Albrecht aus. Der Brief des Generals Keim rechtfertigt den Verdacht, daß die Kandidatur als eine amtliche angesehen wurde. Gerade die Freisinnigen sollten sich vor solchem Verdacht hüten.

Abg. Dr. Spahn (Zr.) tritt entschieden für Beweiserhebungen ein.

Abg. Dr. Heinze (natl.): Die Regierung hat durchaus das Recht, in Flugblättern ihren Standpunkt zu vertreten. General Keim hat den Brief rein als Privatmann geschrieben. Im Wahlkreise Wiesbaden sind die katholischen Geistlichen in dichten Scharen für den Sozialdemokraten Lehmann eingetreten. In Konsequenz der Zentrumsauffassung müßte also auch diese Wahl kassiert werden. Wir werden für die Gültigkeit der Wahl stimmen.

Vizepräsident **Paasche** teilt mit, daß ein Antrag Wellstein (Zr.) auf Ausdehnung der Beweiserhebung eingelaufen sei.

Abg. v. Oertzen (Rp.) tritt für die Gültigkeitserklärung ein.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.): Gewiß hat die Regierung das Recht, ihren Standpunkt auch in der Wahlzeit zu vertreten; was ihr aber nicht zusteht, ist das Recht, gegen einzelne Parteien und einzelne Kandidaten mit den Mitteln des Staates zu operieren. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) In den auf Regierungskosten verbreiteten Flugblättern werden der Sozialdemokratie und dem Zentrum alle möglichen Schandtaten angelogen. U. a. wird behauptet, Bebel habe die deutschen Soldaten in Südwestafrika beschimpft. Daß lange Zeit auch die Freisinnigen zu der Mehrheit gehörten, welche sich weigerte, die kolonialen Forderungen ungesehen zu bewilligen, steht freilich nicht in den Flugblättern. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Durch den Beamtenapparat des Kolonialamtes, des Reichsmarineamtes sind ungezählte Flugblätter verbreitet worden. Und dann will man noch behaupten, daß der Protest unberechtigt sei? Früher haben wir darin, daß Nachtwächter mit der Dienstmütze im Auftrage der Ortspolizei Flugblätter verteilt haben, eine unzulässige Wahlbeeinflussung erblickt. Jetzt soll keine Beeinflussung vorliegen, da diese elenden, nichtswürdigen Flugblätter von den Beamten der Reichskanzlei, des Reichsmarineamts und des Reichskolonialamtes ausgegangen sind? Herr Keim soll eine Privatperson sein. Wie reimt sich das mit der engen Verbindung zwischen Flottenverein und Regierungsstellen? Wie reimt sich das mit dem Briefe des Herrn Keim, in welchem es heißt: „Nach verschiedenen Rücksprachen in der Wilhelmstraße 77, wo man sich für Ihre Wahl interessiert, ist, um die Sache praktisch zu gestalten, die amtliche Unterstützung der Wahl in jeder Weise sichergestellt.“ (Hört, hört! bei den Sozialisten.) Um die Wahlbeeinflussung festzustellen, ist es nicht notwendig, zu untersuchen, ob der einzelne Wähler von der Wahlbeeinflussung unterrichtet war. Auch im Falle der Wahl Schwabach, in der bekanntlich Wahlbestechungen in ungeheurem Maßstabe vorgekommen sind, hat man nicht den juristischen Beweis erbracht, daß ein einzelner Wähler bestochen worden ist. — Herr Heinze wies auf das Eintreten der katholischen Geistlichen im Wahlkreis Wiesbaden für unseren Genossen Lehmann hin. Sobald die Geistlichen die Kanzel zur Agitation mißbrauchen, sind wir die ersten, die diesen Mißbrauch verurteilen, aber im übrigen sind die katholischen Geistlichen doch nicht Wähler minderen Rechts. Nebenbei bemerkt haben die Liberalen im Wahlkreise des Herrn Eickhoff auf alle Weise um die Zentrumsstimmen gebuhlt. Auf einer offenen Postkarte wurde an einen katholischen Pfarrer geschrieben: Zentrumswähler, haltet Disziplin, nieder mit dem Umsturz, stimmt für Richard Eickhoff! (Stürmische Heiterkeit.) Schade, daß nicht auch Herr Eickhoff wie Herr Cuno einen öffentlichen Dank an die Zentrumspartei ausgesprochen hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man nun sagt, daß Herr Eickhoff unschuldig an den Wahlbeeinflussungen sei, so ist das gerade so, als wenn ein Hehler erklären würde, ich habe ja nicht gestohlen, aber doch im Besitz des gestohlenen Gegenstandes bleibt. (Sehr gut! bei den Soz.) Der Reichstag ist es seiner Tradition und seiner Würde schuldig, Beweiserhebungen vornehmen zu lassen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Wagner (kons.) tritt für die Gültigkeit der Wahl Eickhoffs ein.

Abg. Dr. Wiemer (freis. Volksp.): Es liegt keine amtliche Wahlbeeinflussung vor. (Stürmisches Gelächter bei den Soz. und im Zentr.) Das bekannte Telegramm Bismarcks „Fürst wünscht Sabor!“ haben die Sozialdemokraten auch nicht als amtliche Wahlbeeinflussung angesehen. (Sehr gut! bei den Freis.) Ich bitte, den Antrag der Wahlprüfungskommission anzunehmen. (Bravo bei den Freis.)

Abg. v. Saß-Jaworski (Pole) und **Abg. Dr. Spahn** schließen sich den Ausführungen der Abgg. Fischer und Gröber an.

Abg. Fischer (Soz.): Wenn Fürst Bismarck aus Schikane gegen Sonnemann, den er haßte wie die Sünde und gegen den er wie gegen Eugen Richter den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit erhoben hat, ein Telegramm zugunsten Sabors losgelassen hat, so kann daraus nicht geschlossen werden, daß Sabor von Bismarcks Gnaden gewählt worden ist. Die Wahl Sabors hätte nur dann hier zum Vergleiche herangezogen werden können, wenn damals ein Protest gegen diese Wahl wegen amtlicher Wahlbeeinflussung vorgenommen worden wäre und wir alsdann die Stellung eingenommen hätten, wie sie heute die Freisinnigen einnehmen. Wenn Herr Eickhoff behauptet hat, von der amtlichen Wahlbeeinflussung nichts gewußt zu haben, so habe ich keinen Anlaß, an seinen Worten zu zweifeln, aber auch keinen Anlaß, sie zu glauben. (Heiterkeit.) Vielleicht leidet Kollege Eickhoff an Gedächtnisschwäche. (Unruhe bei den Freis.) Er hatte ja auch sein Versprechen vergessen, im Falle einer Doppelwahl für Mühlhausen statt für Lennep-Mettmann anzunehmen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Dr. Wiemer (freis. Volksp.) erklärt, daß er nach zweistündigen Bemühungen die freisinnigen Vertrauensmänner von Mühlhausen vom Vorliegen eines Mißverständnisses überzeugt habe. (Anhaltende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fischer (Soz.): Es ist ja ganz interessant, zu hören, daß Herr Wiemer volle zwei Stunden gebraucht hat, um seinen eigenen Parteigenossen klar zu machen, daß Herr Eickhoff die Wahrheit gesagt hat. (Große Heiterkeit.) Da es aber auch nach diesen zweistündigen Bemühungen immer noch Freisinnige gegeben hat, die es nicht glaubten, so werden Sie wohl auch uns noch einigen Zweifel gestatten müssen. (Lebhafte Unruhe bei den Freisinnigen.)

Abg. Dr. Mugdan (freis. Volksp.): Die Sozialdemokraten verleugnen fortwährend ihre Grundsätze. Als früherer Zentrumsmann scheint Herr Fischer nicht begreifen zu können, daß das Zentrum auch einmal einem Freisinnigen vor einem Sozialdemokraten den Vorzug gibt. (Bravo bei den Freisinnigen.)

Abg. Fischer (Soz.): Herr Mugdan erwähnte, daß ich einmal Zentrumsmann gewesen sei. Ich war das als ganz junger Kerl. Jedenfalls bin ich in jüngeren Jahren zur Sozialdemokratie gekommen als Herr Mugdan zum Christentum. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Unruhe bei den Freisinnigen.) Wenn wir in gewissen Fällen mit dem Zentrum zusammengehen, so zwingt uns gerade die illiberale Politik des Freisinns dazu. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Mugdan (freis. Volksp.): Ich lasse mich nicht in Parallele mit Herrn Fischer stellen. Mein Ehrgeiz geht höher. (Stürmische Zurufe bei den Soz.: Nach Orden! Schallende, anhaltende Heiterkeit.) Die Gründe, die mich bewogen haben, vom Judentum zum Christentum überzutreten, gehen Herrn Fischer nichts an. — „Als wir unsere früheren Grundsätze noch hatten“ (Schallende, nicht endenwollende Heiterkeit auf allen Seiten des Hauses. Abg. v. Kröcher, der am Referententischchen dicht hinter dem Redner sitzt, fällt vor Lachen fast um), sind die Sozialdemokraten auch nicht mit uns zusammengegangen. Zurzeit sind wir dabei, in Preußen das Reichstagswahlrecht zu erkämpfen. (Stürmisches Hohngelächter bei den Soz.) Aber Sie stören uns und fallen uns in den Rücken. (Erneute schallende Heiterkeit bei den Soz.) Unsere Grundsätze — (anhaltendes Lachen, in welchem die letzten Sätze des Redners verloren gehen).

Hiermit schließt die Diskussion. Der Eventualantrag Wellstein, für den Fall der Annahme des Antrages Gröber die Beweiserhebung auszudehnen, wird mit großer Mehrheit angenommen. Die Abstimmung über den Antrag Albrecht bleibt zweifelhaft. Dagegen stimmt der Block mit Ausnahme der Antisemiten. Der darauf vorgenommene Hammelsprung ergibt Ablehnung mit 142 gegen 112 Stimmen. (Große Heiterkeit.) Der Antrag Gröber wird in namentlicher Abstimmung mit 163 gegen 128 Stimmen abgelehnt. Die Abstimmung über den Kommissionsantrag auf Gültigkeit bleibt wiederum zweifelhaft. Die wirtschaftliche Vereinigung stimmt wieder mit der Opposition. Erneut muß ein Hammelsprung vorgenommen werden, welcher die Annahme mit nur 4 Stimmen Majorität, 147 gegen 143 Stimmen, ergibt. (Bewegung.)

Es folgt die Wahl des Abg. Dr. Böhme-Marburg (wirtsch. Vereinig.). Die Kommission beantragt Beweiserhebung. Ein Antrag Ablaß (freis. Volksp.) auf Ausdehnung der Beweiserhebungen wird gegen die Stimmen der gesamten Linken einschließlich der Nationalliberalen abgelehnt, der Kommissionsantrag wird angenommen. Ebenso werden nach Kommissionsantrag Beweiserhebungen über die Wahl des konservativen Abg. Arnstadt-Mühlhausen beschlossen.

Ueber die Wahl des Abg. Böhle-Straßburg (Soz.) beantragt die Kommission Beweiserhebungen.

Ein freisinniger Antrag verlangt Ausdehnung der Beweiserhebungen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (freis. Volksp.) befürwortet den freisinnigen Antrag und klagt darüber, daß katholische Geistliche und Armenschwestern Wahlagitation für Böhle getrieben hätten.

Abg. Fischer (Soz.): Es ist von freisinniger Seite bemängelt worden, daß ich mich für die Gültigkeit von Stimmzetteln ausgesprochen habe, die für Böhle abgegeben worden sind, aber ungehörige Nebenbemerkungen enthielten. In den 15 Jahren, während deren ich in der Wahlprüfungskommission tätig bin, sind mir eine Menge geschmackloser Stimmzettel vorgeführt worden, zu deren Kassierung das Wahlreglement keine Handhabe bietet. Wenn der Hauptmann von Köpenick alle die Stimmen, die in ganz Deutschland auf ihn gefallen sind, in einem einzigen Wahlkreise erhalten hätte und wenn er wählbar wäre, so hätten wir ihn hier als Kollegen begrüßen können. (Große Heiterkeit.) Es gibt ja so viele geschmacklose Leute und, um mich höflich auszudrücken, so viele Esel. (Schallende Heiterkeit.) — Im Falle Böhle seihen eben die Freisinnigen Mücken, die vorher Elefanten geschluckt haben. Trotzdem tun wir den Freisinnigen nicht den Gefallen, ihre Anträge abzulehnen, sondern werden für sie stimmen. — In bezug auf die Geistlichen haben wir stets konsequent den Standpunkt vertreten, daß der Kanzelagitation entgegenzutreten sei, sonst aber den Geistlichen dasselbe Recht zusteht, wie allen anderen Wählern. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Schwarze-Lippstadt (Zentr.): In den Hirtenbriefen der Münchner und Bamberger Erzbischöfe zugunsten freisinniger Stichwahlkandidaten haben die Freisinnigen keine unzulässige Wahlbeeinflussung gesehen. (Sehr gut! im Zentr. und bei den Soz.)

Abg. Müller-Meiningen (freis. Volksp.) behauptet, daß der Bamberger Hirtenbrief überhaupt kein Hirtenbrief, sondern bloß ein Privatbrief gewesen sei. (Lachen b. d. Soz.)

Abg. Fischer (Soz.): Nachdem der Freisinn heute einen Fall schmählicher politischer Korruption sanktioniert hat, sollte er sich hüten, sich über geistliche Wahlbeeinflussung groß aufzuregen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080507/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Der Antrag der Kommission wird mit dem Antrag Ablaß angenommen. Die Wahl des Abg. Dr. Potthoff-Waldeck (freis. Vereinigg.) wird debattelos für gültig erklärt.

Es folgt die Wahl des Abg. Wölzl (natl.). Die Kommission beantragt Gültigkeit.

Abg. Gröber (Zentr.) weist darauf hin, daß die Liberalen sich mit Vergnügen haben gefallen lassen, daß der Erzbischof von München gegen die Parole der Zentrumsleitung, für den Sozialdemokraten zu stimmen, auftrat.

Abg. Everling (natl.) wirft in einer heftigen Rede der katholischen Geistlichkeit Wahlbeeinflussung vor.

Abg. Dr. Burckhardt (wirtsch. Vereinigg.) beklagt sich, daß ihn liberale Geistliche als Zentrumsmajoren verdächtigt hätten, und erklärt, ein besserer Christ zu sein als manche Nationalliberale, die die Kirche nur von außen kennen.

Abg. Fischer (Soz.): Wir sehen in dem Schreiben des Erzbischofs eine amtliche Beeinflussung und werden deshalb gegen die Gültigkeit stimmen.

Die Wahl des Abg. Wölzl wird für gültig erklärt.

Die Wahlen der Abg. Wilde-Torgau (natl.), Zubeil-Teltow (Soz.), Niederlöhner-Dinkelsbühl (kons.), Everling-Döbeln (natl.), Herzog-Rinteln (wirtsch. Vereinigg.), Kaden-Dresden (Soz.), Goeck-Dithmarschen (natl.) und Loscher-Ostpriegnitz (Reichsp.) werden für gültig erklärt. Ueber die Wahl des Abg. Böhning-Landsberg (kons.) werden Beweiserhebungen beschlossen.

Die Wahl des Abg. Schwartz-Lübeck (Soz.) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (freis. Vereinigg.) beantragt namens der Freisinnigen Beweiserhebungen.

Abg. Geyer (Soz.): Der einzige Zweck des freisinnigen Antrages ist, den Sozialdemokraten eins auszuwischen. Alle angefochtenen Stimmen sind bereits Schwartz abgezogen worden.

Abg. Dr. Arendt und Abg. Dr. Heckscher (freis. Vereinigg.) treten für den freisinnigen Antrag ein.

Abg. Fischer (Soz.): Herr Heckscher als Wahrheitssucher und Konsequenzenjäger ist wahrlich ein Bild für die Götter. (Heiterkeit und Sehr gut! b. d. Soz.) Die Freisinnigen scheinen gewohnheitsmäßig Mücken zu seihen und Kamele zu schlucken. Der ganze Lübecker Protest ist eine direkte Verhöhnung des Reichstags und läßt auf ein sehr geringes Quantum Gehirnschmalz bei seinen Urhebern schließen. (Heiterkeit.) Einen Antrag, der sich auf einen solchen Protest stützt, können wir nicht ernst nehmen.

Abg. Wellstein (Zentr.) bittet um Ablehnung des freisinnigen Antrages.

Abg. Geyer (Soz.) weist erneut die Haltlosigkeit des freisinnigen Antrages nach.

Der freisinnige Antrag wird mit den Blockstimmen angenommen. — Ueber die Wahl des Abg. Boltz-Saarbrücken und über die Wahl des Abg. Henning-Kalau (kons.) wird Beweiserhebung beschlossen, die Wahl des Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.) wird für gültig erklärt.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 10 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen sämtliche dritte Lesungen. Ein Antrag des Abg. Bebel (Soz.), auch die Petitionen darauf zu setzen, wird abgelehnt.

Schluß 7½ Uhr.

Neunte Generalversammlung des Verbandes deutscher Textilarbeiter.

K. Leipzig, 5. Mai 1908.

Zweiter Verhandlungstag.

Schrader macht bekannt, daß die Debatte über den Krefelder Fall aus der allgemeinen Debatte ausgeschieden und gesondert behandelt wird. Nach kurzer Debatte wird durch Schlußantrag der Krefelder Fall als erledigt und die Maßnahmen des Vorstandes als richtig erklärt. Folgender Ausschlußantrag gelangt gegen 13 Stimmen zur Annahme:

„In Erwägung, daß durch die Herausgabe des Flugblattes, das auch den Delegierten zugestellt worden ist, die Interessen des Verbandes in gröblichster Weise verletzt worden sind, und in fernerer Erwägung, daß die Führer der sogenannten Krefelder Opposition durch ihr ganzes Verhalten nach dem Stoffweberstreik unserer Organisation unermeßlichen Schaden zugefügt haben, sind die Unterzeichner des Flugblattes, die Mitglieder der Kommission der vereinigten Stoffweberausschüsse, aus dem Verbande auszuschließen. Wie festgestellt wurde, besteht die Kommission aus folgenden Mitgliedern: Wilh. Elsen, Aug. Hegmann, Joh. op te Hipt, Arnold Gliefen und Theodor Schäfer. Der bisherige Kollege Wilhelm Schäfer, Krefeld, ist ebenfalls auszuschließen. Obwohl er als Samtweber nicht zu obiger Kommission gehört, ist er doch als mitverantwortlich anzusehen."

Es wird dann in die allgemeine Debatte über den Vorstandsbericht eingetreten, die in der Hauptsache sich mit inneren Differenzen der Organisation befaßt. Durch Schlußantrag wird die Debatte beendet. Im Schlußwort widerlegt Hübsch die gemachten Monita und betont, daß die Hausagitation wohl zu einer ständigen Einrichtung des Verbandes gemacht werden dürfe, weil diese Agitationsform zurzeit als die praktischste bezeichnet werden muß. Auch der Kassierer Zehms macht in seinem Schlußwort einige Richtigstellungen, die aber nur interner Art sind. Beschlossen wird: die Ortsverwaltung kann zum Zwecke der Agitation und dort, wo es im Interesse der Organisation nötig ist, den Textilarbeiter ohne Entgelt abgeben. Abonnenten anzunehmen und Abonnementsgelder einzuziehen steht den Ortsverwaltungen nicht zu. Die Ortsverwaltungen haben Sorge zu tragen, daß das Fachblatt den Mitgliedern jede Woche pünktlich zugestellt wird. Das Vertragsverhältnis mit der Chemnitzer Krankenkasse soll nicht wieder erneuert werden.

Ferner gelangt folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die Generalversammlung protestiert gegen die Art der Berichterstattung durch die Verbandsrevisoren. Die gerügten Ausgabeposten waren nicht nur nicht überflüssig, sondern dringende Notwendigkeiten. Vor allem zollt der Verbandstag dem Vorstand vollste Anerkennung wegen seiner Handlungen aus Anlaß des Todes unserer treuen Mitglieder Georg Treue-Berlin und Hanisch-Landeshut."

Damit werden die Verhandlungen bis Mittwoch vertagt.

Parteiangelegenheiten.

Preßprozesse.

Ein Preßbeleidigungsprozeß gegen den Genossen Adolf Geck kam am 24. April in Karlsruhe zur Verhandlung. Geck hatte dem Redakteur des Mannheimer General-Anzeigers, Christmann, politische Verräterei vorgeworfen. In der Verhandlung bezeichnete selbst der Zeuge Dr. Binz, der Vorsitzende der nationalliberalen Partei Badens, Christmann als eine zwiespältige Natur. Christmann hatte zu dem demokratischen Abgeordneten Vogel geäußert, er gehöre eigentlich gar nicht mehr zu den Nationalliberalen, sondern bleibe bloß noch bei ihnen, um den linken Flügel, die Jungliberalen, zu den Demokraten hinüberzuziehen. Er erwarte dabei Entgegenkommen von demokratischer Seite. Vogel lehnte dies ab mit dem Bemerken, das wäre nicht fair, da man doch mit den Nationalliberalen verbündet sei. Das Gericht war der Ansicht, daß, sollte Christmann tatsächlich den Vorwurf der Verräterei auch nicht verdienen, sein Auftreten doch bei der eigenen Partei Ansichten erweckt habe, als ob er nicht ganz zuverlässig sei. Um so mehr mußte Geck zu der gleichen Ansicht kommen. In der Form habe Geck das berechtigte Maß der Kritik überschritten, er sei deshalb gemäß § 185 zu verurteilen.

Zwei Preßprozesse beschäftigten am 30. April die Strafkammer in Halle. In dem einen Falle war Genosse Redakteur Leopoldt von dem Schöffengericht wegen Beleidigung eines Pastors zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden; die Berufungsinstanz erniedrigte die Strafe auf einen Monat. Dann war der Verleger vom Volksblatt, Genosse Groß, früher von der Strafkammer zu 50 M. verurteilt worden. Auf eingelegte Revision bei dem Oberlandesgericht mußte er freigesprochen werden.

Genosse Taubadel von der Görlitzer Volkszeitung hatte eine Anklage wegen Richterbeleidigung erhalten, weil er dem Landgericht zu Glogau den Vorwurf der Klassenjustiz gemacht haben soll. Es handelte sich um einen Waldwärter, der sich angeblich seinem „Herrn" gegenüber ungebührlich benommen haben soll. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 100 M. Das Görlitzer Landgericht sprach Genossen Taubadel frei. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Wegen angeblicher Beleidigung der Wilhelmshavener Polizei wurde der Verantwortliche des Hamburger Echos zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Das Norddeutsche Volksblatt in Bant hatte seinerzeit in derselben Sache 1000 M. Geldstrafe erhalten; an den Bericht über die Gerichtsverhandlung hatte das Hamburger Echo einige Bemerkungen geknüpft, die das strafbare Delikt enthalten sollen.

Genosse Petzold als verantwortlicher Redakteur der Erfurter Tribüne wurde wegen Beleidigung des Redakteurs und Verlegers des Blattes Henne in Ilmenau vom dortigen Schöffengericht zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Der klägerische Anwalt hatte eine „ganz exemplarische" Freiheitsstrafe beantragt. Die Verhandlung selbst führte zu einer schweren moralischen Niederlage des Klägers.

Von einem schweren Mißgeschick

betroffen wurde gestern Genosse Waberski in Hamburg. Er wollte in Altona einen Freund besuchen, stürzte von der Treppe und erlitt dabei einen Schädelbruch, so daß er ins Altonaer Krankenhaus übergeführt werden mußte. Waberski ist seit längerer Zeit als Redakteur am Hamburger Echo tätig und hat als dessen früherer Verantwortlicher mehrere längere Freiheitsstrafen erlitten. Hoffentlich erholt sich Genosse Waberski recht bald von dem schweren Unfall.

Redakteurfreuden.

Der Redakteur der Altenburger Volkszeitung, Genosse Dickreiter, hat am Montag eine einmonatige Gefängnisstrafe angetreten, die er wegen angeblicher Lehrerbeleidigung zu verbüßen hat. Seine Vertretung hat Genosse Bremme-Ronneburg übernommen.

Unsere Toten.

In Frankfurt a. O. starb einer der ältesten dortigen Parteigenossen, der Arbeiter Karl Bugglisch. Er war Mitbegründer des dortigen Wahlvereins und hat jederzeit treu zu seiner Ueberzeugung gestanden.

Versammlungen.

Stukkateure. In der am 25. April im Volkshaus stattgefundenen Versammlung erfolgte zunächst die Abrechnung unseres beendeten Streiks. Nachdem Kassierer und Streikkommission entlastet waren, wurde noch eine detaillierte Uebersicht über die Beteiligung und die gewährten Unterstützungen gegeben. Es wurde von verschiedenen Rednern lebhaft bedauert, daß sofort nach Beendigung unseres Streiks ein so starker Zuzug sich bemerkbar machte, trotzdem am Ort noch genügend Arbeitslose vorhanden sind. Man kann es den Betreffenden ja nicht verargen, wenn sie so rosig gefärbte Berichte lesen, „es sind 10 Pf. Zulage errungen worden" usw., während tatsächlich 3 bis 5 Pf. Aufbesserung erreicht wurden. Die Konjunktur am Orte bleibt eine flaue. Hierauf beriet man über die Stellungnahme zum Verbandstage. Die Punkte Auslösungsfrage, paritätischer Arbeitsnachweis, Minderleistungsparagraph 2 b entfesselten eine hitzige Debatte. Unser Delegierter wurde beauftragt, für Beseitigung bez. Aenderung der betr. Punkte einzutreten. Ebenso lehnen die Dresdner Kollegen die Erwerbslosenunterstützung ab, da die Unkosten in keinem Verhältnis zur Leistung stehen würden. Auch verschiedene Punkte der letzten Jahresabrechnung wurden einer abfälligen Kritik unterzogen. Unter Gewerkschaftlichem wurden verschiedene interne Angelegenheiten erledigt und hierauf die Versammlung geschlossen. Die Stellungnahme zum 1. Mai kam versehentlich nicht zur Diskussion. (Eing. 28./4.)

Arbeitervertreterverein. In der am 24. April bei Adam abgehaltenen Monatsversammlung referierte Genosse Fräßdorf über den am 11. und 12. Mai in Berlin tagenden allgemeinen Krankenkassen-Kongreß. Auf diesem werden die Kassenvertreter aller Kassenarten aus ganz Deutschland zusammen kommen und zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes bezw. der gesamten Arbeiterversicherungsgesetze Stellung nehmen. Zwar liegt eine Gesetzesvorlage zur Beratung noch nicht bereit, aber da von den verschiedensten Seiten — wie Großindustriellen, Aerzten und anderen, Vorschläge gemacht würden, können die Kassenvertreter nicht länger mit ihrer Ansicht zurückhalten, um nicht zu spät damit zu kommen.

Nach den Beschlüssen des Reichstages soll im Jahre 1910 die Witwen- und Waisenversorgung eingeführt werden; ob eine diesbezügliche Vorlage in Verbindung mit einer Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes gebracht werden würde, stehe noch dahin. Die Aerzte haben auf ihren Tagungen Forderungen gestellt, die, nur annähernd verwirklicht, aus der Arbeiterversicherung eine Aerzteversicherung machen würden. Auf eine anständige Honorierung der Aerzte halten auch die Arbeitervertreter, daß aber dieselbe durch Gesetz fixiert werde, erscheint kaum ausführbar. Die freie Arztwahl durch Gesetz vorzuschreiben, habe auch keine Aussicht, denn unter denselben könnten die gegenwärtigen Kassen schon nicht bestehen. An eine reichsgesetzliche Versicherung der Landarbeiter, der Heimarbeiter und der Dienstboten sei bei Einführung der freien Arztwahl gar nicht zu denken. Noch gefährlicher als das Verlangen des Aerzteverbandes, sei das des „Zentralverbandes deutscher Industrieller". Dieser habe sich bereit erklärt, zur Krankenversicherung den Arbeitgebern die Hälfte der Beiträge aufzulegen, wenn 1. der Fortbestand der Betriebskrankenkassen — wie bisher — anerkannt wird, 2. in den Orts- und Betriebskrankenkassen den Arbeitgebern im Vorstand und Generalversammlungen das gleiche Stimmengewicht gewährt wird als den Versicherten, 3. in den Betriebskrankenkassen der Fabrikbesitzer den Vorsitz führt und in den Ortskrankenkassen ein von einer Behörde zu ernennender Vorsitzender die Verhandlungen leitet und bei Stimmengleichheit den Ausschlag gibt. — Der Referent beleuchtete diese Wünsche „schöner Seelen" nach den verschiedensten Seiten und zeigt, wohin nach Ansicht dieser großindustriellen Macher der Weg führen soll. Bei Einführung solcher Gesetzesbestimmungen würden die Krankenkassen ein politisches Kampffeld für die Arbeiterschaft werden, was sie jetzt keineswegs seien. Ein Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer würde um die Vorherrschaft in der Kasse entbrennen. Die Arbeitgeber sollen gewiß mit Rat und Tat in den Kassen mitwirken, aber die Versicherung sei für die Arbeiter geschaffen, deshalb gebühre auch ihnen die Vorherrschaft in den Kassen. Den beamteten Vorsitzenden die Entscheidung zu überlassen, hieße die Kassen an die Bureaukratie ausliefern. Damit würde die erste und wichtigste Aufgabe der Kassen, schnell zu helfen, vereitelt werden. Zu besorgen sei auch, daß man den Kassen Militäranwärter als Beamte aufzwinge; an der Spitze ein pensionierter Major, im Bureau Feldwebel und Sergeanten und als Sammler und Krankenkontrolleur den Unteroffizier. Letzteren möglichst mit Säbel und Helm — das wäre eine reizende Idylle. Gegen alle solche Pläne müsse seitens der Arbeiterschaft und der Kassen angekämpft werden und dazu biete der Kongreß Gelegenheit. Kommen aber Verschlechterungen, so werden wir sie zu politischen Zwecken auszunützen wissen. Mit Aufhören der Selbstverwaltung hört jede Verantwortlichkeit und mit Verschlechterung der Versicherung unser Interesse daran auf; dementsprechend wird unsere Haltung sein. Wenn, wie anscheinend geplant sei, das Verhältniswahlsystem bei den Krankenkassen eingeführt werde, so müsse das [illegible] bei den verwaltenden Körperschaften [illegible] erscheine ihm dieses System nicht unbedenklich. Bei den Betriebskrankenkassen sei das Verhältniswahlsystem übrigens nicht brauchbar, weil es auf die Arbeitgebervertretung nicht angewendet werden könne. In der Debatte sprachen die Genossen Buck, Gaditzsch, Kunze und andere. Buck empfahl die Gründung einer allgemeinen Zuschußkasse durch Verschmelzung der jetzt bestehenden Hilfskassen. Wenn nur die Zentralkrankenkassen zusammentreten würden und überall Verwaltungsstellen errichten, so könne das eine große leistungsfähige Kasse werden, die den Gewerkschaften die Unterstützung der Mitglieder zum guten Teil abnehmen könnte. — Buck wünscht, daß sein Vorschlag auf dem Krankenkassenkongreß und auf dem Gewerkschaftskongreß besprochen werde. Mit Verwirklichung seines Vorschlages hofft Redner auch den Schwindelkassen den Boden zu entziehen. Nach Beantwortung einiger die Arbeiterversicherung betr. Fragen erfolgte Schluß der nur mäßig besuchten Versammlung. (Eing. 29./4.)

Schneider. In Kunaths Restaurant in Deuben fand am 27. April eine Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung statt. Kollege Lützner-Dresden referierte eingehend über: Die Gewerkschaften im Dienste des Kulturfortschritts. Unter Gewerkschaftlichem wurden Mißstände bei der Firma Dörra-Deuben zur Sprache gebracht. Herr Dörra setzt sich über den erst abgeschlossenen Tarif mit Eleganz hinweg. Er bezahlt weniger. Ein Arbeiter, der auf seinem Rechte bestand, wurde entlassen. Klassisch ist noch eine seiner Aeußerungen: daß er nämlich nach Pfingsten bezahlen wolle, wie's ihm beliebe. Ob sich das wohl die Arbeiter des Plauenschen Grundes gefallen lassen würden? Ein Tuchkollege (Simon) erklärte, daß er ein freier Mann sei und sich keine Preise vorschreiben lasse. Vielleicht deswegen, weil er einen Batzen Geld aus Logisvermieterei bezieht. (Eing. 29./4.)

Mügeln. Am 23. April fand im Deutschen Haus in Mügeln die Gruppenversammlung statt. Genosse Riem-Dresden sprach über: Thomas Morus und seine Zeit. Nach dem Vortrage wurden die beabsichtigten Veranstaltungen zur Maifeier bekanntgegeben. Genosse Lauterbach rügt den schlechten Besuch. Es ist eine sonderbare Ansicht, wenn ein Teil der Mitglieder glaubt, durch Schwänzen der Versammlungen die Arbeiterbewegung vorwärts zu bringen. (Eing. 29./4.)

Coswig-Kötitz. Am 25. April fand im Restaurant zur Börse die erste diesjährige Generalversammlung der Gem. Ortskrankenkasse für Coswig, Kötitz und Neu-Coswig statt. Nach dem vorgetragenen Verwaltungsbericht für das Jahr 1907 waren bei der Gründung am 1. Januar 1907 420 männliche und 160 weibliche, zusammen 580 Mitglieder vorhanden. Die Neuanmeldungen betrugen 1347 und die Abmeldungen 1171, es verblieben somit am Jahresschlusse 756 Mitglieder, 537 männliche, 219 weibliche. Der Jahresdurchschnitt betrug 760 Personen, 537 männliche, 223 weibliche. Freiwillige Mitglieder waren am Jahresschlusse 11 männliche und 39 weibliche vorhanden. Es kamen 608 Krankenscheine für männliche und 163 für weibliche Mitglieder zur Ausstellung, mithin 771 Erkrankungsfälle. Davon waren mit Erwerbsunfähigkeit verbunden 208 männliche und 41 weibliche, zusammen 249 Fälle. Durch Betriebsunfälle verursacht wurden 70 Unterstützungsfälle, davon waren 41 Fälle mit Erwerbsunfähigkeit verbunden. In Krankenanstalten wurden verpflegt, 15 männliche und 8 weibliche, zusammen 23 Mitglieder. Hierfür waren 1574 M. zu bezahlen. Die Einnahmen betrugen: Zinsen 54,16 M., Eintrittsgelder 177,75 M., Gesamtbeiträge 22 445,41 M., Ersatzleistungen 538,27 M., zurückgezogenes Kapital 500 M., aufgenommene Darlehen, zurückerhaltener Markenvorschuß 1150 M., Sonstiges 186,48 M., zusammen 25 049,07 Mark. Ausgegeben wurden für ärztliche Behandlung 3885,13 M., Arznei und sonstige Heilmittel 1970,55 M., Krankengeld 4168,27 M., Wöchnerinnen-Unterstützung 114 M., Sterbegeld für drei verstorbene Mitglieder 170 M., Kur- und Verpflegungskosten 1574 M., Ersatzleistungen für gewährte Unterstützungen 1512,41 M., Kapitalanlage 6500 M., zurückgezahlte Darlehen und gewährter Markenvorschuß 1150 M., Verwaltungskosten a) persönliche 1777,38 M., b) sächliche 1502,86 M., Sonstiges 166,50 M., Kassenbestand 587,88 M., zusammen 25 049,07 M. Die Vermögensübersicht ergibt 6587,88 M. Im Berichtsjahre fanden 13 Vorstandssitzungen mit 120 Beratungsgegenständen und 1 Generalversammlung statt. In der Generalversammlung (22./11. 07) beantragte der Vorstand die Einführung einer (vorläufig nur beschränkten) Familienunterstützung, Abänderung des Namens der Kasse, Erweiterung des Veröffentlichungsverfahrens (Arbeiter-Zeitung), Einführung von Vertreterwahlen usw. Alle Anträge fanden einstimmige Annahme, sind aber von der Aufsichtsbehörde zwar nicht abgelehnt, aber auch noch nicht genehmigt. (Eing. 29./4.)

Quittung. Für den Sozialdemokratischen Verein Dresden-S. gingen freiwillige Beiträge ein: Für Wahrheit und Recht, von einer Genossin, die den 1. Mai nicht feiern durfte 3,00. Neubau Wiener Straße 4,50. 24 Kollegen der Tischlerei R. Neumann, Krenkelstraße vom unfreiwilligen Verdienst am 1. Mai 33,80. Max Richter.

Quittung. Für den 6. Kreis gingen ein: Bau Niederhäßlich 3 M., Bierprozente von R. L. 1,50 M. H. Kahmann.

2. Quittung. Für die Wärmstube gingen beim Gewerkschaftskartell bis 4. Mai ein: Durch Buck für Statutenentwurf 10 M.; für Alimentenvermittlung durch Z. 5,32 M.; eine Frau vom Weißen Hirsch durch D. 3 M.; für Auskunfterteilung im Arbeitersekretariat abgegeben 0,20, 0,30, 0,20, 1 M.; Zimmerer von Mache u. Sieglich, Rathausneubau, da sie den 1. Mai nicht gefeiert haben, 9,50 M. Bisher quittiert 63,37 M. Ernst Lieniche.

Ich war lungenkrank!

Noch vor nicht allzu langer Zeit hatten meine Aerzte mich aufgegeben, nachdem ich zuvor aus einer Lungenheilanstalt als ungeheilt entlassen worden war. Einer ebenso einfachen wie billigen und dabei äußerst sinnreichen Kurmethode (keine Kurpfuscherei und kein Geheimmittel!) verdanke ich meine völlige: Genesung und meine jetzige Gesundheit. Dankerfüllt und von dem Wunsche beseelt, meinen Leidensgenossen hilfreich an die Hand zu gehen, habe ich meine Leidensgeschichte und meine Erfahrungen niedergeschrieben und sie in Form einer Broschüre drucken lassen. Ich versende diese Broschüre bereitwilligst gegen Einsendung von 30 Pf. in Briefmarken und bitte alle diejenigen, die entweder bereits lungenkrank sind oder fürchten, es zu werden, in ihrem eigenen Interesse die Schrift zu lesen. Manchem wird sie ein Rettungsanker sein!

Otto Petzold, Kynau (Bezirk Breslau).

Sparverein zur Frohen Schicht, Potschappel.
Sonnabend den 9. Mai: **Kränzchen.**
Der Vorstand.

„Wartburg" u. „Phänomen"
erstklassige Marken!
Fahrräder!
von 110 Mark an, gebrauchte von 10 Mark an.
Auch Jugend-Räder.
Eigene Reparatur-Werkstatt.
Vernickeln und Emaillieren in bester Ausführung.
Sämtliche Teile billigst.
M. Richter Mügeln, An der Müglitzbrücke
Auf Wunsch Teilzahlung.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080507/8
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

[illegible] Theaterschlendrian nennt. dt.

Literatur Goethe und das Faustproblem. Ueber dieses Thema hielt Professor Walzel in der Technischen Hochschule einen recht interessanten Vortrag. [illegible]

[illegible]

Musik Die Dresdner Volkssingakademie versendet ihren siebenten Jahresbericht, der die Entwicklung des Vereins in der Konzertzeit 1907/08 umfaßt. [illegible]

[illegible]

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 8. Mai. Opernhaus (Altstadt): Konzert. Anfang 7½ Uhr. — Schauspielhaus (Neustadt): [illegible] — Residenztheater. [illegible] — Zentraltheater. [illegible] Anfang 7½ Uhr.

Residenztheater. [illegible]

VVK Gesamtausschuß-Sitzung

Donnerstag, den 7. Mai, abends 8½ Uhr, im Volkshause. Tagesordnung: Wahlen des Vorstandes und der Ausschüsse.

Leben • Wissen • Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 104 Dresden 7. Mai 1908

Die Verschmelzung von Arbeitergesangvereinen

I

Wer Gelegenheit hat, Konzerten oder anderen Veranstaltungen von Arbeitergesangvereinen beizuwohnen, kann da öfters eine merkwürdige Beobachtung machen. [illegible]

[illegible]

[illegible] Eugen Isolani

Absolvo te — Ich spreche dich frei

54 Roman von Clara Viebig

Nikolai seufzte auch: Pein krew! War das schwer, dem auf den Zahn zu fühlen! So schlau er's auch glaubte angefangen zu haben, es half nichts, er mußte noch deutlicher werden, und so sprach er wiederum: „Vierzehn Tage nur noch, eine Galgenfrist! Wir werden dich alle sehr vermissen. Vor allem wird die Kasia dich vermissen — ach ja!" Er machte eine kleine Pause und lugte wieder von der Seite den anderen an.

Der aber machte ein undurchdringliches Gesicht; wie aus blassem Stein, auf dem nichts zu lesen stand. Doch jetzt?! Dem Beobachtenden wollte es dünken, als stiege eine jähe Röte in des Becker bleiches Gesicht. Nun drehte er den Kopf hin und her, als sei ihm der Hemdkragen zu enge, und schluckte ein paarmal, als schlucke er etwas hinunter, und ließ dann die Mundwinkel hängen, als täte ihm etwas leid. Da hielt Nikolai nicht länger an sich — wozu die Verstellung?! — er legte dem Freund seinen Arm um die Schultern und sprach leise und herzlich: „Heirate doch meine Schwester, ich bitte dich. Sie ist gut und niedlich und hat auch was zu erwarten — wir werden zu dreien sehr glücklich sein. Ich bitte dich, Martin, so nimm sie doch!"

„Laß mich!" Als habe der gute Junge etwas mehr denn Unfreundliches gesagt, so stieß Martin Becker ihn jetzt von sich. Und dann machte er einen großen Schritt hinüber auf die andere Seite der Straße und hielt den Kopf beharrlich nach dem jenseitigen Acker gedreht und sah den Freund gar nicht mehr an, so daß Nikolai, völlig bestürzt, auch verstummte.

Wortkarg trotteten sie so, hüben und drüben, durch den aufgeweichten Kot des tief-eingefahrenen Feldwegs. Nikolai fühlte plötzlich etwas Nasses im Auge; zum Teufel, was war denn das? Er wischte heftig, aber das Nasse drängte sich immer wieder durch. Hier — hier waren sie gefahren — nur ein paar Monat war's her — im Sommer noch, hatten Heu und Blumen auf dem Wagen gehabt und waren so lustig gewesen! Und jetzt?! Seine Lippen bebten, so ärgerte er sich; nun mußte er's einsehen, hier war alles aus.

Als die Schweigsamen auf dem Hofe ankamen, lag das Haus dunkel. Nur in Herrn Tirallas Stube, rechts vom Flur, brannte Licht; es schimmerte durch die fest vorgezogenen Läden.

Was, war der Kerl, der verdammte, schon wieder drinnen?! Man hörte, war man scharfhörig, drinnen ein gedämpftes Sprechen — fast war's ein Flüstern nur — und ein Glucksen, wie wenn jemand hastig trinkt, und ein Niederstellen von Gläsern. Der Zorn packte den Sohn: oho, heut war er gerade in der Stimmung, den da drinnen herauszuschmeißen! Man tut es nicht gern, der Gast ist heilig, aber der, der da drinnen, der war kein Gast, der war ein Unhold! Der richtete den Vater vollends zugrunde! Heftig legte Nikolai seine Hand auf die Klinke, aber die Tür gab seinem Druck nicht nach, sie war verschlossen. Wütend rüttelte er daran: „Hoho, aufgemacht!" Er polterte und schimpfte. Aber drinnen blieb alles still, niemand antwortete, niemand öffnete ihm.

Da lief er in seinem Zorn aus dem Haus, hinüber in die Scheune, warf sich da ins Stroh, ballte die Fäuste und weinte, bis er einschlief.

Als heute in später Stunde der Lehrer Herrn Tiralla verließ, war dieser völlig trunken; nur so viel Besinnung hatte er noch, daß er zärtlich flüsterte: „Freundchen, Lehrerchen, nimm dich in acht! Wenn dich wird der Nikolai kriegen, wird er dich hacken kurz und klein. Vielleicht mit dem Beile, vielleicht mit dem Häckselmesser. Hu, das ist ein Böser — alle sind sie hier böse — hu, Freundchen, du glaubst es nicht, wie böse sie sind! Mein lieber, mein teurer!" Herr Tiralla fiel dem anderen um den Hals und küßte ihn und lallte, unter Schlucken ihm die Backen streichelnd: „Wenn ich — ich — — dich nicht — hätte — Gott — segne dich — dann wär's — m — mit mi — mir aus!"

In seltsamer Bewegung verließ Böhnke das Haus. Er war nicht so betrunken, wie Herr Tiralla es war, er konnte, wenn er sich Mühe gab, noch ganz gut denken, und er dachte nun an den, der in ihm Freund und Sohn und sein Alles liebte. Aber dann dachte er nur noch an Frau Tiralla. Lauschend spähte er nach allen Seiten, ihren Tritt zu erhorchen, und strengte die Augen im Dunkeln an, daß sie ihm tränten. Sollte er denn heute gehen so ganz ohne Kuß? Pein krew, das tat er nicht! Er fluchte halblaut, eine plötzliche Brutalität kam über ihn: bezahlt wollte er sein, bezahlt [illegible] als nicht wiedergekommen, welcher her zu sein, der es einstmals gewesen war?! Wenn er um Verzeihung einkäme, die Gegend verließe, nie mehr seinen Fuß nach Gierschewo setzte?! Möchte Herr Tiralla sich allein zu Tode saufen! Und wenn er diese Frau niemals mehr wiedersähe —?!

„Ah!" Der Lehrer trat über die Schwelle, die feuchte Luft des Hofes traf kühlend seine Stirn. Er atmete tief auf: Gott sei Dank, Luft! Noch war es Zeit, noch! Da hörte er ein Kleiderrascheln im Dunkeln, ein heimlich geraunteS: „Von Böhnke!" und entzückt drehte er wieder um zum Flur und streckte die Arme aus: „Holde, Süße!"

Sie erwiderte seine Küsse nicht. Er merkte das nicht im Rausche, und er sah auch im Dunkeln nicht, wie sie die Augen zukniff, wie ihr Gesicht sich verzog. Er hörte sie nur flüstern an seinem Ohr: „Wie ist es? Du hast ihm doch tüchtig eingeschenkt? Wie steht es mit ihm? Oh, sage mir, ich bitte dich, wird es noch lange dauern?!"

Er gab keine Antwort, er hatte den Mund in ihr Haar versenkt; wie die eines Dürstenden hingen seine Lippen an den seidigen Wellen. Als sie sich ungeduldig freimachen wollte: „Sprich doch, so sage doch, wie lange noch?!" schlang er die Arme stumm noch fester um sie. Es gab kein Entrinnen. So standen sie wie ein Liebespaar, schier in eins verschmolzen; ihr Kopf lag wie angeschmiedet an seiner Brust durch den Druck seines Armes. Sie waren Ohr und Auge so verschlossen, und er, er fühlte nur sie.

Herrn Tirallas Stubentür hatte sich leise geöffnet. Vorsichtig streckte der Alte den Kopf heraus: sein Lehrerchen, sein Freundchen, war das auch gut entkommen?!

Eine Wahnvorstellung quälte den kranken Mann: sie wollten seinem Freund ans Leben, eben weil er sein, von Tirallas Bruder und Freund war, der einzige Freund! Wenn sie ihm was antäten, wenn sie ihn anfielen auf dem dunklen Hof?! Die Angst um den Freund gab seinen schlotternden Beinen Kraft, er konnte wieder aufrecht stehen, konnte gehen.

Glotzend wie eine Eule, die geblendet ist, spähte er — durch den geöffneten Türspalt fiel das Licht hinaus in den Flur — ho, wer stand da?! Die Mörder, die Mörder! Lehrerchen, rette dich! Er wollte laut Hilfe schreien, da schnappte der Ton ihm plötzlich ab: ei, sie da, das war ja nur die Marianna! Ein Grinsen freundlicher Erinnerung zog über sein faltiges Gesicht: hihi, die Marianna, die da mit einem Liebsten stand! Aber nun verschwand das freundliche Grinsen schnell und wurde zur entsetzten Grimasse: he, das war ja nicht die Marianna, das war ja Zoschchen wohl gar, und bei ihr —?!

Des Blöden Auge war plötzlich hell geworden, er hatte seinen Freund, seinen Bruder erkannt. Der hielt die Frau fest umschlungen, sie standen verliebt Brust an Brust. Weh, o weh! Herr Tiralla fuhr zurück, als blinke ihm ein Messer dicht vorm Gesicht. Die beiden da, die hatten sein nicht acht, die sprachen so emsig, die tuschelten so leise — was tuschelten sie?! Die Zähne schlugen Herrn Tiralla im Munde zusammen. Mörder, Mörder! Hu, die berieten sich, wie sie ihn umbringen wollten — das Lehrerchen und Zoschchen — Zoschchen und das Lehrerchen! Das Lehrerchen! Das Freundchen! Der einzige Freund!

Das faltige Gesicht Herrn Tirallas schrumpfte noch mehr zusammen, und seine Gestalt wurde ganz klein. Schiebend die Tür schließend und dann den Riegel vorschiebend in zitternder Angst, taumelte er ächzend zum Tische zurück.

Sein Lehrerchen, sein Freundchen, sein einziger Freund!

Der Angstgehetzte schaute sich wild um im leeren Zimmer — da — da — da! Jetzt starrte er auf den Stuhl neben sich: da hatte er noch eben gesessen, dicht bei ihm, der Freund, das Freundchen!

Herr Tiralla fing bitterlich an zu weinen, das heißt, seine roten Augen gaben kein Naß mehr her, aber er verzog den Mund, das ganze Gesicht wie ein greinendes Kind, und ein schluckendes Schluchzen hob in Stößen seine Brust. Und dann trank er die Reste aus allen Flaschen.

* * *

Nikolai fuhr verwirrt aus dem Stroh in der Scheune: ei, was machte er denn hier, warum lag er denn hier?! Er hatte so häßlich geträumt. War es noch Abend, Nacht, oder schon Morgen? Vergebliche Mühe, im Dunkeln nach der Uhr zu sehen! Er raffte sich auf; die verschwollenen Augen sich reibend, taumelte er aus der Scheune heraus. Da stand der Mond schon hoch überm Hof, Mitternacht mochte es schier sein. Was schlich denn da für eine Gestalt sich zum Tore?!

[illegible] wieder ein.

„He, he, halt!" Mit flüchtigen Sätzen war er hinter dem drein, der eben den Hof verlassen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Umschau

Schauspielhaus

Drei Einakter von Felix Salten

Die drei Einakter, über die Felix Salten den Sammeltitel Vom andern Ufer geschrieben hat, machen schnell ihren Weg über die deutschen Bühnen. Das ist eigentlich ein Zeichen, das bedenklich stimmt. Aber man träfe doch nicht das Richtige, wollte man daraus folgern, auf breite Bettelsuppen schließen. Salten ist ein schmunzelnder Satiriker, der sich daran vergnügt, Menschen aller Kasten und Klassen vorzuführen, wie ähnlich sie im Grunde mit ihnen als Individuen ausfällt. Wobei denn noch, wenn's gerade paßt, ein Sprißerchen Gesellschaftssatire einschlüpft. Schneider Gesellschaftssatire. Er treibt die Satire nicht, um weh zu tun; er treibt offenbar, was man dem Theaterpublikum zumuten darf. Das ist der eine Grund, warum er's tut, und der andere ist der, daß er sich darauf versteht, beliebte Spannung zu erzeugen. Er hat das Zeug, ein Theatermann zu werden, mit dem sich Geschäfte machen lassen, klingende Geschäfte. Er hat ein Schauen und Lachen, das an die Art Hartlebens denken läßt; aber man darf doch wohl den Namen Otto Erichs nicht mißbräuchlich führen, und so muß man schon lesend hinzufügen: der Künstler, der Hartleben war, ist Salten keineswegs. Bleibt also vorläufig bloß die gewandte Feder, die es in diesem Falle versteht, dreimal eine Situation höchster Verlegenheit zu schaffen und damit das Publikum sicher zu erregen und festzuhalten. Es ist ja müßig, die Frage zu stellen, wieviel wohl an der erregten Spannung auf das Konto der offenbarten schonungslosen Einsicht ins Spiel des Lebens und der Menschen zu schreiben wäre. Wer gröblich Sensationsgefühle erregt, der nimmt den feineren geistigen Gefühlen die freie und kräftige Bewegung, und so ist hier die Lust am einzelnen Pikantchen, der vielerlei geboten ist, sicher beeinträchtigt.

Vom ersten Stück, der Komödie Der Graf, gilt der Vorwurf nur eingeschränkt, was nicht heißen soll, daß dies das bessere Stück sei. Eifersucht bringt da ans Licht, daß ein Graf, der in alten Adel hineingeheiratet hat, gar kein Graf, sondern ein Kellner von durchaus bürgerlicher Herkunft ist. Der alte Satz, daß der Edelmann nicht an der Herkunft, sondern an der persönlichen Art erkannt werden solle, wird belächelt. Herr Rickert macht eine kraftvoll-sympathische Gestalt aus dem Kellner-Grafen, an dem so ganz und gar nichts Plebejisches haftet, daß man glauben soll, er, der A sagte und falsche Papiere auskaufte, habe nicht auch B gesagt und die gebotene Gelegenheit, sich adoptieren zu lassen, unterwürfig ergriffen. Aber das Thema erlaubt's nicht anders. Frl. Berden gab eine prächtige junge gräfliche Frau, straff und entschlossen; das Spiel brachte fein die innere Bewegung und wachsende Not bis zu der die Spannung kräftig auslösenden Explosion des Schlußwortes zum Ausdruck. Herrn Müllers alter Graf war ein geschlossenes typisches Bild. Herr Gebühr gab den jungen aristokratischen Vetter, der die Handlung ins Fahrwasser sensationeller Spannung zu leiten hat.

Das zweite Stück, das Schauspiel Der Ernst des Lebens, ist ein unangenehmes Produkt. So wie es da gespielt wurde, erinnerte es verteufelt an Szenen aus Hintertreppenromanen. Irgendwer ist aus der Rolle gefallen, entweder die Schauspieler, die den Autor nicht verstanden, oder der Autor selbst, dem ein Kennerschaft ins Allgemeingültige [illegible], weil sich der Wille zur Sensation ins Spiel mischte und das Zepter übernahm. Ein junger Freiherr hat seinen Schwager Medizinalrat gebeten, ihm die Wahrheit über seine Lebensaussichten nicht zu beschönigen. Nun bricht's den jungen Mann zusammen, daß sein Leben in ein paar Monaten zu Ende sein soll. Der Schwager, allzeit mit kränkendem Vorwurf bei der Hand, fordert, er solle männlich dem Tode ins Auge sehen, und da nimmt ihn nun der Todeskandidat in bitter ausbrechender Wut beim Wort, daß er in jeder Stunde zum Sterben bereit sei. Er soll erfahren, was es heißt, zu wissen, daß der Tod nahe ist. Er läßt ihm noch zehn Minuten Frist, mit vorgehaltenem Revolver, und da peitscht nun die wachsende Angst und Leben aus den Gedanken los, daß die ganze Erbärmlichkeit und Unkultur seiner Emporkömmlingsart in lächerlicher Nacktheit sichtbar wird. Zum Losknallen kommt der Revolver nicht, die Angst schwächt den Arzt schon vorher zusammen. Herr Wiecke spielte den jungen Freiherrn so, daß man annehmen mußte, er mache nicht bloß ein quälerisches Experiment, sondern werde wirklich schießen. Das war ein schlimmer Spielfehler, der die Wirkung dieses Stückes ganz ins Üble lenkte. Den Medizinalrat gab Herr Froböse mit drastischem Realismus, die Studie eines Menschen von pöbelhaft schwadronierender Roheit, an sich höchst interessant, aber gut zu ungewöhnlicher Heftigkeit hinaufgespielt. Das Stück ist übrigens ein Pflaster auf die Wunde, die etwa der erste Einakter Tendenz geschlagen hat. Ein Diplomatie, die man sich zur Kenntnis Saltens, dem man gewissermaßen weiterhin auf der Bühne begegnen wird, merken mag.

Im letzten Einakter, der Komödie Auferstehung, ist die kriminalistische Situation so gefaßt, daß der Autor sich mit ver- [illegible] ein Kind gebar. Wie durch [illegible] herbeigeholt und in letzter Stunde [illegible] den Verstorbenen. Aber statt abzuscheiden, gesundet er, und damit hat niemand am allerwenigsten die Heid über Kopf angetraute gute Seele von Frau gerechnet, die seit acht Jahren mit einem Klavierlehrer zusammenlebte, der dem Kreise bei ein Kater war und nun wie die anderen, nun weniger bedenklich [illegible] werden soll. Eine richtige Komödie der Ratlosigkeit stellt das Stück dar, sicher steigernd aufgebaut bis zum Höhepunkt allgemeinen ratlosen Verstummens, der natürlich für das Publikum den Höhepunkt des Vergnügens bedeutet. Gelöst wird das Dilemma durch den kurz entschlossen verkündeten Schritt des Genesenen, zu tun, als ob er gestorben wäre, den „letzten Willen" in Kraft treten zu lassen, die Koffer zu packen, abzureisen und irgendwo zu einem andern, ganz neuen Leben ans Ufer zu steigen, und der kleine nervöse Philister vom Klavierlehrer quittiert anerkennend mit dem Schlußwort: Das sei entschieden korrekt gehandelt. Auf Schlußpointe, die im Publikum „sitzen", versteht sich Salten; jeder der drei Einakter beweist's. Daß der Schlußschwank manch amüsanten Augenblick verschafft, ist nicht zu bestreiten, aber ebensowenig, daß er im ganzen nur leichte Scherzware darstellt und nicht viel Kraft und Willen bezeugt, aus den Gestalten etwas Festes zu machen; einiges ist gänzlich tote Rolle. Herr Stahl, Frau Salbach und Herr Fischer gaben Gutes in den Hauptrollen. An Beifall fehlte es natürlich nicht. leg.

Die Reinhardt-Bühne im Residenztheater

Der Kaufmann von Venedig

„Vor allem muß der Regisseur eine Persönlichkeit besitzen, eine künstlerische Persönlichkeit, die, vom Theaterschlendrian unbeirrt, sich auf das künstlerische Niveau des Dichters zu schwingen vermag. . . . Viel Aufopferung und Selbstverleugnung wird da vom einzelnen verlangt, der hinter dem ganzen zurücktreten soll, und nur ein Regisseur vermag diese Arbeit des Zusammenfassens zu bewältigen, der die Dichtung auch als ein ganzes zu begreifen vermag und der die Darsteller nicht durch die Autorität seines Amtes, sondern durch die Autorität seiner Persönlichkeit und seines Könnens zu leiten und zu überzeugen vermag." Diese Worte, die Karl Heine in seiner Schrift „Herren und Diener der Schauspielkunst" niederschrieb, sind das Zeichen, in dem das Deutsche Theater unter Leitung Max Reinhardts seine Siege gewinnt. Man muß verschiedene Aufführungen des Kaufmann von Venedig gesehen haben, um vergleichen zu können, was die Aufführung am Donnerstag abend an Neuem und Wertvollem bot: Aufführungen, in denen die Gestalt Shylocks, des Juden, allein magischer Mittelpunkt war und alles andere fast störendes Beiwerk, Rahmen, Staffagewerk; Aufführungen, in denen die große Gerichtsszene zu einer Burleske wurde; Aufführungen, die jeder Poesie, jedes Lebens bar waren.

Am Donnerstag war es, als erlebe man Shakespeares Lustspiel zum erstenmal. Als Kunstwerk, als geschlossenes, einheitliches Kunstwerk! ohne innere Widersprüche und ohne Teilung in einander fremde Bestandteile. Wohl steht auch Rudolf Schildkrauts gewaltige Shylockgestalt im Vordergrunde, aber sie beherrscht ihn nicht ausschließlich, sondern fügt sich ihm ein. Schildkraut zeigte sich als Meister künstlerischer Zurückhaltung, und doch fehlte nichts an lebendigstem Leben. Nur in den Augenblicken höchsten seelischen Erregens wurde der tiefe Grundton des Tragischen — das Wunderbare in dem Lustspiele — lauter; dann aber auch mit erschütternder Kraft, die den Hörer packt und ihn zum Mitleiden und Mitfühlen zwingt. Zurückhaltung, Mäßigung, und dann wieder das Aufbäumen, der Aufschrei wildesten Hasses in der Gerichtsszene waren von so elementarer Wirkung, daß die Szene zum Glanzpunkte der Aufführung heranwuchs. Aber neben Rudolf Schildkraut auch Else Heims als zarte, schalkhaft-liebliche Porzia in den fröhlichen Mädchenszenen und von eindringlichem Ernste in der prachtvollen Gerichtsszene; Alexander Moissi als Antonio, des stolz, in jeder Bewegung von angeborener und urbändiger Leidenschaftlichkeit; Georg Hersch als Lorenzo; Hedwig Wangel als Nerissa, Ludwig Hartau als „königlicher Kaufmann". Aber warum die Namen nennen. Es gab in der Aufführung keine „Nebenpersonen" und keine „toten" Szenen. Man freute sich der entzückenden Bruderszenen, der Szenen in Porzias Gemach, der atemlosen Spannung der gewaltig sich steigernden Gerichtsszene, der zarten Poesie des Schlußbildes! Und neben den Darstellern die Szenerie selbst: Das Venedigbild mit den hohen fahlen Häusern, die im Spiel des Mondlichts und der dunklen Schatten so malerisch wirken, die Brückenbogen, die zu bunten Szenenbildern und Gruppen Gelegenheit geben; Porzias Gemach mit den gelben seidigen Falten, die den ganzen Raum abschließen; die feierlich-ernste Strenge des Gerichtssaales im Dogenpalaste; die wundervolle Stille einer Sommernacht im Süden mit blauem Nachthimmel, glühenden Sternen und leuchtenden Blütenbüschen im letzten Bilde. Und zu allem noch die künstlerische Abtönung der Farben der Gewänder, die nach Entwürfen von Emil Orlik angefertigt wurden. Die Musik, die Engelbert Humperdinck zu einzelnen Szenen schrieb, verrichtet meisterhaft auf schärfer bezeichnende Motive; sie ist nichts anderes und will auch nichts anderes sein als Mittel, den Gehalt jener Szenen an Gefühlswerten schärfer noch hervortreten zu lassen. Alles klingt und rauscht zusammen zu einer einzigen Stimmung, die man wie etwas Köstliches genießt und die man nicht vergessen wird. Dadurch, daß moderne Regieführung und Inszenierungskunst Shakespeares Lustspiel umstimmten, wird lebendig, was zum eigentlichen Wesen des Venezianer-